

Lutz Oberdörfer

Die Entstehung der Freien Stadt Danzig im internationalen Kontext

Acta Cassubiana 11, 178-233

2009

Artykuł został opracowany do udostępnienia w internecie przez Muzeum Historii Polski w ramach prac podejmowanych na rzecz zapewnienia otwartego, powszechnego i trwałego dostępu do polskiego dorobku naukowego i kulturalnego. Artykuł jest umieszczony w kolekcji cyfrowej bazhum.muzhp.pl, gromadzącej zawartość polskich czasopism humanistycznych i społecznych.

Tekst jest udostępniony do wykorzystania w ramach dozwolonego użytku.

Lutz Oberdörfer
(Greifswald / Gryfia)

Die Entstehung der Freien Stadt Danzig im internationalen Kontext

Über Jahrhunderte war Danzig und das Gebiet der unteren Weichsel, mal mehr und mal weniger, eine spannungsgeladener Zankapfel zwischen Deutschen und Polen.¹ Der Frieden von Wien 1815 hatte nicht nur die Aufteilung Polens unter Russland, Preußen und Österreich festgeschrieben, sondern auch Danzigs Zugehörigkeit zu Preußen bekräftigt. Mit der Bildung des kleindeutschen Reiches nach siegreichem Krieg gegen Frankreich 1871 und seiner Anerkennung durch die Großmächte wurde die Mottlaustadt integraler Bestandteil des deutschen Kaiserreiches.

Die Teilungen Polens wie die Zugehörigkeit des Weichseldeltas zu Deutschland waren damit Teil des völkerrechtlich anerkannten europäischen Status quo. Das hieß, für die Polen bestand nur dann eine Aussicht auf Wiederherstellung eines eigenen Staates, wenn die Teilungsmächte gegeneinander Krieg führen würden und selbst dann nur im höchst unwahrscheinlichen Fall eines gleichzeitigen Zusammenbruchs des deutschen wie des russischen Reiches. Seitens der Polen konnte die Danzigfrage und mit ihr die Sicherung eines eigenen Zugangs zur Ostsee mit Erfolgchancen allein im Falle einer entscheidenden Niederlage Deutschlands wieder auf die internationale Tagesordnung gesetzt werden. Ein Sieg Russlands und seiner potenziellen Verbündeten bot bestenfalls die Aussicht polnischer Oberhoheit über Danzig im Rahmen eines territorial erweiterten zaristischen Imperiums.

Dieser harten Fakten waren sich auch die polnischen Eliten wohl bewusst. Dennoch, eine Aufgabe des großen und alle relevanten politischen Gruppen einigenden Zieles der Wiederherstellung polnischer Staatlichkeit kam für sie nicht

¹ Gleichzeitig existierte in der Region die Normalität des Zusammenlebens zwischen Deutschen, Kaschuben und Polen, gab es Heiraten untereinander und weichselseitige Übergänge zwischen den Nationalitäten. Dabei spielten die jeweiligen politischen Rahmenbedingungen und Chancen sozialen Aufstiegs ihre Rolle.

infrage. Im Gegenteil, alles Mögliche musste dafür getan werden. Falls der Lauf der Entwicklung der polnischen Nation die Chance zur Überwindung der Teilungen eröffnete, sollte diese mit größter Entschlossenheit genutzt werden. Eine entscheidende Grundvoraussetzung dafür war die Wahrung des Zusammengehörigkeitsgefühls der Polen und die Aufrechterhaltung wie Stärkung ihres Glaubens an die Einheit und Unzerstörbarkeit ihrer Nation. Integraler Bestandteil aller Anstrengungen zur Erreichung dieses heiligen Ziels musste das Bestreben sein, allen Russifizierungs- bzw. Germanisierungstendenzen entgegenzuwirken, bzw. Entwicklungen in diese Richtung aufzuhalten und umzukehren. Ohne hier auf Einzelheiten eingehen zu können, so einfach und überzeugend diese Konzeption klingen mochte, in der realen Wirklichkeit war ihre Verfolgung und Umsetzung alles andere als einfach und niemals konfliktfrei. Die große Mehrheit des polnischen Volkes lebte in drei Kaiserreichen, deren Politik ihm gegenüber nicht nur schwankend, sondern auch alles andere als einheitlich war. Sie boten ihren polnischen Bürgern in ganz unterschiedlichem Maße soziale Aufstiegsmöglichkeiten, Teilnahme am wissenschaftlich-technischen und industriellen Fortschritt, Bildungschancen, soziale Sicherungssysteme für Notfälle sowie bürgerliche Freiheiten und staatsbürgerliche Rechte. So wichtig diese Unterschiede auch sein mochten und wie sehr diese die persönliche Lebenssituation der Menschen in den Teilungsgebieten positiver oder negativer beeinflussten, eines einte die Führungen in St. Petersburg, Berlin und Wien. Die Staatsräson des Russischen Imperiums, des Deutschen Reiches und der österreichisch-ungarischen Monarchie erforderte die Einbindung aller Völker in die jeweilige Gesellschaft und die Bekämpfung aller separatistischen Tendenzen.

Im Kampf um die Wiedergewinnung eigener Staatlichkeit orientierten sich die polnischen Eliten an den Grenzen von 1772. Das alte Polen war ein Vielvölkerstaat mit zahlreichen Minderheiten. In vielen Gebieten stellten ethnische Polen ihrerseits nur eine Minderheit dar. Teilweise rückläufig war ihr Anteil durch Assimilierungen bzw. im Ergebnis nationalen Erwachens anderer Ethnien, etwa der Ukrainer bzw. Ruthenen.

Kleinere Völker, die wie die Kaschuben² ebenfalls von den Ideen des Völkerfrühlings erfasst wurden, stellte der Trend zur Nationenbildung vor ein Dilemma. Für das kleine westslawische Volk der Kaschuben bestand dieses darin, sich für

² Lange waren die Kenntnisse über die Kaschuben und ihre Geschichte außerhalb ihres aktuellen Hauptsiedlungsgebietes bestenfalls sehr dürftig. Günther Grass und sein international hoher Bekanntheitsgrad hat daran einiges zum Positiven geändert. Vor allem aber ist es der ungemein engagierten Arbeit von kaschubisch-polnischen und polnischen Historikern um das Kaschubische Institut in Danzig und darüber hinaus gelungen, unsere Kenntnisse erheblich zu erweitern. Verdienstvollerweise haben sie auch frühe Arbeiten in kaschubischer, deutscher und polnischer Sprache vor dem Vergessen bewahrt. Publikationen in westeuropäischen Sprachen, besonders in Deutsch und zahllose Konferenzbeiträge förderten das Bewusstsein um die Geschichte der Kaschuben und das Interesse an der Beschäftigung daran, auch im Kontext der deutsch-polnischen Beziehungen, speziell jener in Westpreußen bzw. Pommerellen. Stellvertretend für

eine wie auch immer geartete deutsche oder polnische Identität zu entscheiden oder einen völlig eigenständigen Weg zu suchen. Für kaschubische Intellektuelle, die Träger des nationalen Aufbruchs kam hinzu, dass Deutsche wie Polen sie weniger als Subjekt, denn als Objekt der historischen Entwicklung wahrnahmen. Verallgemeinert gesagt, für die polnischen Eliten waren sie Teil des eigenen Volks,³ für die Deutschen waren sie stark eingedeutschte Westslawen.⁴ Deutsche wie Polen besaßen kaum Kenntnisse über die Kaschuben und gaben sich, von Ausnahmen abgesehen, nur wenig Mühe, dies zu verändern.

Verallgemeinert gesagt, die Haltung aller deutschen Führungen gegenüber dem politischen Polentum war von tiefem Misstrauen in dessen Bestrebungen und Ziele geprägt. Die entscheidenden Kräfte in den Ostprovinzen und in Berlin teilten im ganzen Bismarcks häufig wiederholte Auffassung, nach der jeder polnische Staat vitale Interessen Preußens und Deutschlands direkt bedrohen und seine Wiederherstellung die strategische Lage des Kaiserreiches gegenüber Frankreich gefährlich schwächen würde. Unter anderem würden die Polen immer nach der Kontrolle über Danzig und die untere Weichsel streben. Auch deshalb sei das Bündnis mit dem Zarenreich unverzichtbar.⁵ Polnische Abgeordnete des Reichstages bestritten überhaupt nicht das Recht der Deutschen auf einen Nationalstaat, verlangten aber vehement von dessen Tribüne das gleiche Recht für die Polen. Um ein typisches Beispiel für die Verwickeltheit sich widersprechender territorialer Ansprüche und deren politische Wirkung wie Bewertung zu geben. Nach der Reichgründung zitierte der polnische Abgeordnete Rittergutsbesitzer von Zoltowski aus der Thronrede des Kaisers, in der Wilhelm erklärt hatte, dass das gerade begründete Reich die Unabhängigkeit aller anderen Völker und Nationen achten wolle. Bismarck hielt an die polnischen Abgeordneten gewandt dem entgegen: „Die Herren gehören zu keinem anderen Staate und zu keinem anderen Volke als zu dem der Preußen, zu dem ich selbst mich zähle, und können Posen und Westpreußen, langjährige Bestandteile der preußischen Monarchie, nicht zu denjenigen anderen Völkern und Staaten zählen, welche in der Thronrede gemeint sind.“⁶ Vom Argument, dass es um Staatsvölker ginge und nicht um Nationen ließen sich die polnischen Vertreter nicht beeindrucken. Nur, innerhalb welcher Grenzen sollte dieses Recht für wen gelten? Nach den amtlichen Statistiken waren die Deutschen in Westpreußen in klarer Mehrheit und in Posen in knapper Minderheit. Die Polen

die Erforscher und Verbreiter der kaschubischen Geschichte in ihren verschiedenen Facetten und Zusammenhängen möchte ich nur einige Namen nennen: Gerard Labuda, Jozef Borzyszkowski, Cesary Obracht-Prondzynski, Zygmund Szultka....

³ Siehe dazu u.a. zahlreiche Arbeiten von Jozef Borzyszkowski und Cesary Obracht-Prondzynski.

⁴ Zeitgenössische Enzyklopädien und Lexika schrieben so.

⁵ Siehe dazu u.a. Hans Rothfels, *Bismarck, der Osten und das Reich*, Darmstadt 1960, S. 68 ff.

⁶ Zit. nach Hartmut Boockmann, *Deutsche Geschichte im Osten Europas. Ostpreußen und Westpreußen*, Berlin 2000, S. 379.

verwandten andere Zahlen. Wie sollte der Wille der Bewohner ermittelt werden, sollten andere Kriterien wie etwa „historische Rechte“ eine stärkere Rolle als das Nationalitätsprinzip spielen? All diese Äußerungen und Argumentationsmuster und die dahinter stehenden Ziele und Überzeugungen vermittelten dem aufmerksamen Beobachter, dass die deutsch-polnische Frage mit einigem Dynamit aufgeladen war, wenn auch vorerst noch keine Explosion drohte.

Betrachtet man das gesamte politische Spektrum des Deutschen Reiches (außerhalb der Parteien der Minderheiten) dann herrschte vom linken Flügel der Sozialdemokraten bis zu den Deutschkonservativen völlige Übereinstimmung im Ziel der unbedingten Wahrung der territorialen Integrität des 1871 begründeten kleindeutschen Reiches wie der Notwendigkeit der Integration der Minderheiten und damit auch der Polen⁷ in den Staat. Über das Wie und die Art und Weise klafften die Ansichten allerdings zumeist weit auseinander. Es sollte allerdings rasch deutlich werden, dass die Ideen einer liberalen Sprachen- und Autonomiepolitik kaum Chancen auf Umsetzung hatten. Zum Teil heftigen Streit gab es vor allem dann, wenn Aktivitäten der Behörden zur Stärkung des in Posen und Teilen Westpreußens als bedroht bewerteten Deutschtums, um den zeitgenössischen Begriff zu verwenden, rechtsstaatliche Prinzipien zu verletzen drohten und ein solches Vorgehen nur das Gegenteil der gewünschten Integration aller Polen in den Staat befürchten ließ. Um dafür ein wichtiges Beispiel zu geben. Das von polnischer Seite heftig bekämpfte Enteignungsgesetz von 1908⁸ war selbst im konservativen Lager umstritten,⁹ in dem bei weitem nicht alle die Forderungen und Sirenen des Ostmarkenvereins¹⁰ für klug und politisch hilfreich hielten. Das Studium

⁷ Die Kaschuben galten zunächst als loyale Staatsbürger. – Z. B. Bruno Schumacher, *Geschichte Ost- und Westpreußens*, Würzburg 1993, S. 278 u. 284.

⁸ Dazu kritisch Hans-Ulrich Wehler, *Die Polenpolitik im Deutschen Kaiserreich 1871-1918*, in: *Politische Ideologien und nationalstaatliche Ordnung*. Festschrift Theodor Schieder, München u. Wien 1968, S. 309.

⁹ Ohnehin verbietet die komplexe Wirklichkeit damaligen Geschehens dem Historiker die Zeichnung rein schwarz-weißer Bilder. Nicht in jedem Fall standen beispielsweise die Abgeordneten der Polenpartei in Opposition zur Regierung. Wenn wichtige Interessen dazu rieten, dann stimmten sie Anträgen zu. Die Sozialdemokraten versuchten ihrerseits derartige Zweckbündnisse für ihre Agitation und Anhängerwerbung zu nutzen. Sie argumentierten besonders damit, dass deutsche wie polnische Junker ein Ziel verbände, nämlich Profit auf Kosten der übrigen Landbevölkerung zu machen und das ganz unabhängig von deren Nationalität. Die polnischen Werktätigen sollten sich von Parolen nicht blenden lassen. – Siehe dazu die Danziger Volkswacht/Volksstimme, die sich im Übrigen heftige Auseinandersetzungen mit der stark nationalpolnisch ausgerichteten „Gazeta Grudziądzka“ lieferte. Diese waren an beidseitiger Polemik kaum zu übertreffen.

¹⁰ Sein tatsächlicher Einfluss wird immer noch häufig überschätzt. Besonders in den liberal geprägten Großstädten des Ostens fristete er ein im Vergleich zu seiner Lautstärke eher kümmerliches Dasein. Rund 700 Mitglieder in Danzig, zumeist noch aus dem öffentlichen Dienst, waren nicht viel. Der liberale Hansabund hatte beispielsweise in der Mottlaustadt mehr Mitglieder.

westpreußischer Zeitungen führt zum klaren Befund, dass besonders die Nationalliberalen die Polenpolitik¹¹ der Regierung als zu weich attackierten. Schließlich passierte das Enteignungsgesetz den preußischen Landtag mit den Stimmen der Konservativen und Nationalliberalen. Polen, Linksliberale, Zentrum und Sozialdemokraten votierten dagegen. Im allerdings nicht zuständigen Reichstag missbilligte eine klare Mehrheit das Gesetz. Wäre das Berliner Abgeordnetenhaus nicht nach dem Dreiklassenwahlrecht gewählt worden sondern nach dem allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrecht des Reichstages kann angenommen werden, dass das Enteignungsgesetz schon hier keine Mehrheit gefunden hätte. Insgesamt gesehen, das Enteignungsgesetz erreichte so wenig die von seinen Befürwortern verfolgten politischen Ziele wie andere restriktive Maßnahmen gegenüber den Polen.

Zu den amtlichen Bestrebungen nach der Reichsgründung die Minderheiten durch eine Mischung aus materiellen Verheißungen und Druck schrittweise zu germanisieren, zählten Bestrebungen, Deutsch zur einzigen Sprache des öffentlichen Lebens zu machen. In der Sprache der Zeit sollte auf diese Weise das Deutschtum gegen das Polen- bzw. Slawentum gestärkt werden. Aus heutiger Sicht schwer nachzuvollziehen – viele Deutsche fürchteten wegen der höheren Geburtenrate der slawischen Bevölkerung und wegen der von vielen Gutsherren aus ökonomischen Gründen durchaus erwünschten Zuwanderung aus Russisch Polen ernsthaft um ihre nationale Identität. Nicht wenige – auch in den Behörden und unter Journalisten- zeigten sich beeindruckt und überrascht von der hohen Effizienz des politischen Polentums – dabei u.a. dem polnischen Genossenschaftswesen, dem polnischen Bankwesen, der professionellen Organisation und Durchführung von Boykotten und der Einflussnahme auf das Wahlverhalten der Polen. Letzteres gilt ebenso für die Kaschuben in der Kaschubei. Um ein Beispiel für die gerade in Fragen nationaler Symbolik weitgehend geschlossen auftretenden Polen zu geben. Als Kaiser Wilhelm im August 1913 Posen besuchte, wurde er von tausenden Deutschen begeistert begrüßt. Polen waren kaum zu sehen. Zu ihrem Protest gegen ihre Behandlung gehörten auch Manifestationen der Anhänglichkeit an Polen und der Zuneigung zu Frankreich. Mehrere polnische Großgrundbesitzer, die der kaiserlichen Einladung folgten, wurden öffentlich als Männer geschmäht, die unwürdig seien sich als Pole zu bezeichnen.¹²

Bei den an Schärfe zunehmenden nationalen Auseinandersetzungen¹³ in Posen und Teilen von Westpreußen kam der Sprachenfrage immer größere Bedeutung

¹¹ Kaschuben werden im Graudener Geselligen oder den Danziger Neueste Nachrichten nicht gesondert erwähnt.

¹² Sie dazu Bericht des Marconi Transatlantic Wireless Telegraph, den die New York Times am 27.08.1913 abdruckte.

¹³ Mir scheint noch nicht hinreichend geklärt wie stark und wie nachhaltig diese das Alltagsleben der Menschen unterschiedlicher Nationalität berührten.

zu. Immer mehr wurde die Muttersprache zum Synonym für die nationale Identität. Nach ihr wurde in den Volkszählungen vor dem Ersten Weltkrieg gefragt und auf dieser Basis die nationale Zusammensetzung der Bevölkerung bestimmt. Folgt man diesen Zahlen, dann hatte die deutsche Bevölkerung in Westpreußen relativ abgenommen, erreichte aber immer noch rund zwei Drittel. Das andere Drittel bildeten im Wesentlichen Polen und Kaschuben (rund 7%).¹⁴ In der Handels-, Industrie- und Verwaltungsmetropole Danzig mit ihrer schon immer großen Integrationskraft bekannten sich 1910 knapp 97% zu Deutsch als ihrer Muttersprache. 2% gaben Polnisch und 0,9% Kaschubisch an. Der Anteil der Danziger mit kaschubischen Wurzeln dürfte allerdings deutlich größer gewesen sein. Seit Gründung der Stadt siedelten sich dort auch Kaschuben an und ihr Zuzug aus der ländlich geprägten Kaschubei zur Zeit der Industrialisierung dürfte beträchtlich gewesen sein. Leider verfügen wir über keine exakten Daten, da bei innerdeutschen Wanderungen bei der örtlichen Ab- bzw. Anmeldung nicht nach der Nationalität gefragt wurde, wenn es sich um Reichsbürger handelte.¹⁵ Alexander Raabe hat allerdings ermittelt, dass im Regierungsbezirk Danzig Kaschuben vor Deutschen und Polen netto relativ am stärksten abwanderten.¹⁶ Da die Kaschuben in ihrem Hauptsiedlungsgebiet westlich der Weichsel katholisch waren, spricht auch die wachsende Zahl der Danziger Katholiken für eine starke kaschubische Zuwanderung. Ihr Anteil lag 1861 bei 23,3% um bis 1910 auf 32,6 deutlich zu steigen.¹⁷ Im Übrigen taugt die häufige Gleichsetzung katholisch gleich Pole, bzw. evangelisch gleich Deutsch in Westpreußen nur wenig als belastbare Basis für die Ermittlung nationaler Zugehörigkeitsgefühle.¹⁸ Auch Familiennamen sagten in weiten Teilen Mitteleuropas eher wenig über die Nationalität. Im Laufe einer langen Geschichte waren aus vielen Deutschen Polen, aus vielen Polen Deutsche... und aus Deutschen Ungarn und umgekehrt geworden. Ein Blick in Adressbücher, die Annoncententeile der Danziger, Thorner oder Graudenzener Zeitungen oder standesamtliche Mitteilungen (z. B. Eheschließungen) zeigt das enge Neben- und von polnisch (auch kaschubisch) bzw. deutsch klingenden Familiennamen.

¹⁴ Ich verwende Zahlen aus Lutz Oberdörfer, *Danzig und Westpreußen zwischen Zuwanderung und Abwanderung vor dem Ersten Weltkrieg*, in: Klaus Militzer (Hg.), *Probleme der Migration und Integration im Preussenland vom Mittelalter bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts*, Marburg 2005, S. 249-303 u. *Danzig und seine Entwicklung vor dem Ersten Weltkrieg*, in: Bernhart Jähnig (Hg.), *Danzig vom 15. bis 20. Jahrhundert*, Marburg 2006, S. 207-253.

¹⁵ Frank Muscate, *Die Industrialisierung des deutschen Ostens*, Graudenz 1914, S. 2 f.

¹⁶ *Die Abwanderungsbewegungen aus den östlichen Provinzen Preußens*, Berlin 1910, S. 34 f.

¹⁷ Walter Geisler, *Die Großstadtsiedlung Danzig*, Danzig 1916, S. 30.

¹⁸ Nach Angaben des Zentrumsorgans für Westpreußen, des Westpreußischen Volksblatts vom 17. Februar 1913 lebten in der Provinz inzwischen etwas mehr Katholiken als Evangelische. 1813 waren letztere noch in der deutlichen Mehrheit.

In Zeiten des Wahlkampfes¹⁹ strapazierten polnische wie deutsche Aktivisten besonders intensiv die Parole „Jeder zu den seinen“. In den ganz überwiegend deutschen Gebieten Danzig Stadt und Land sowie Elbing-Marienburg war davon wenig zu spüren und unter den Themen der um Wählerstimmen kämpfenden Parteien spielten nationale Frage fast keine und wenn, dann nur eine untergeordnete Rolle. Besonders in Wahlkreisen wie Schwetz oder Thorn, in denen die nationalen Mehrheitsverhältnisse unklar waren, spitzte sich alle Agitation auf die Frage polnischer oder deutscher Einheitskandidat²⁰ zu. Alle anderen, für die Menschen vor Ort oft drängenderen Probleme, traten völlig in den Hintergrund. Von vornherein fest standen die Ergebnisse in den römisch-katholischen kaschubischen Wahlkreisen. Der polnische Einheitskandidat blieb hier in allen Reichstagswahlen unangefochten. Mir ist nicht bekannt, dass das polnische Wahlkomitee den Kaschuben spezielle Zusagen für die Unterstützung des polnischen Einheitskandidaten gemacht hat. Sicher scheint hingegen, dass gerade der von Bismarck initiierte Kulturkampf nicht nur seine Kernziele verfehlte, sondern auch die Wirksamkeit polnischer politischer Propaganda in der streng katholischen Kaschubei nachhaltig erleichterte. Insgesamt bestätigten alle Reichstagswahlen wie die Zusammensetzung der in den Reichstag entsandten Parlamentarier die Dominanz der primär von den Deutschen (Christliche, Jüdische und die wenigen Atheisten) gewählten Parteien gegenüber dem Block aus Polen und katholischen Kaschuben. In etwa entsprechen die Ergebnisse jenen der muttersprachlichen Bekenntnisse. Die germanisierten, bzw. sich schon stark zur deutschen Kultur hinneigenden Kaschuben dürften in der großen Mehrheit deutsche Parteien gewählt haben. Die sich betont als Sachwalter der Interessen aller Werktätigen betrachtende Sozialdemokratie war weniger darunter. Häufig beklagte die Danziger Volkswacht (Volksstimme) die relativ geringe Unterstützung durch katholische Arbeiter. Ihr Kandidat in Danzig Stadt kam zwar regelmäßig in die Reichstagsstichwahl. Anders als Königsberg oder Stettin konnte sie das Danziger Mandat aber vor dem Weltkrieg nie gewinnen. 1912 stand erstmals der SPD-Kandidat in Danzig Land in der Stichwahl.

Obwohl hier sicher noch intensivere Forschungen nötig sind, insgesamt gesehen war es den kaschubischen Eliten gelungen, das Bewusstsein eigenen Volkstums, eigener Sprache und Geschichte bei den Kaschuben zu stärken.²¹ Allerdings verfügten sie noch nicht über den nötigen Organisationsgrad und ausreichende

¹⁹ Siehe dazu u. a. Lutz Oberdörfer, *Die Danziger Presse vor dem Ersten Weltkrieg*, in: *Das Preußenland als Forschungsaufgabe*, hg. v. Berhard Jähnig u. Georg Michels, Lüneburg 200, S. 593-626.

²⁰ Nicht in jedem Fall gelang es einen deutschen Einheitskandidaten aufzustellen. Die SPD beteiligte sich daran nicht und trat stets mit einem eigenen Kandidaten an.

²¹ Inzwischen findet der interessierte Leser auch zahlreiche Informationen zur Geschichte der Kaschuben vor und im Ersten Weltkrieg, z. B. unter www.kaszubia.com oder www.studienstelleog.de/Kaschuben. Unter letzterer Adresse finden sich auch zwei Beiträge von Jozef

finanzielle Mittel, um eigenständige politische Ziele mit dem nötigen Nachdruck durchsetzen zu können. Eine Rolle spielte sicher auch die weitgehend kleinbäuerliche Struktur der Kaschbei. Die allgemeine Reduktion auf den Gegensatz Polnisch-Deutsch musste unter den gegebenen Umständen den Handlungsspielraum der kaschubischen Aktivisten eng beschneiden. Gerade der antikatholische Kulturkampf unter Bismarck verstärkte eine Orientierung vieler Kaschuben Richtung Polentum. Gleichzeitig trug er maßgeblich dazu bei, den Prozess der Germanisierung zu stoppen bzw. deutlich zu verlangsamen. Auch wenn die polnische Politik zur Sicherung und Stärkung der eigenen Durchsetzungskraft und Argumentationsmacht wie aus Misstrauen gegen Sonderentwicklungen des kleinen westslawischen Nachbarvolkes wenig bis überhaupt kein Verständnis für kaschubische Wünsche nach größerer Eigenständigkeit zeigte, insgesamt befürworteten die Sprecher der Kaschuben eine Anlehnung an die Polen. Dafür nur zwei prägnante Zitate. In der Zeit des Kulturkampfes schrieb Jan Hieronim Derdowski: „Vernehmt hier aus Herzenstiefe unser apostolisches Bekenntnis:

Es gibt kein Kaschubenland ohne Polonia und ohne Kaschubenland kein Polen.“²²

Damit verband Derdowski das Schicksal von Kaschuben und Polen viel enger, als es noch Florian Ceynowa, der Vater des kaschubischen Regionalismus, getan hatte. Zur Losung der Anfang des 20. Jahrhunderts hervortretenden jungkaschubischen Bewegung wurde unter der Voraussetzung der Anerkennung einer kaschubischen Sonderstellung die Losung „Was Kaschubisch ist, das ist auch Polnisch.“²³ Ihr führender Vertreter, Aleksander Majkowski, setzte sich folgerichtig nach dem Krieg für die Einbeziehung der Lande an der unteren Weichsel mit Danzig in den neuen polnischen Staat ein.²⁴

Wie stark die Jungkaschuben jene Kaschuben erreichten und beeinflussten, die sich als deutsch oder kaschubische Deutsche ansahen bzw. diejenigen, die sich stärker von der deutschen Kultur angezogen fühlten, scheint mir noch eine offene und nicht leicht zu beantwortende Frage. Alles in allem hatte die polnische Seite vor dem Hintergrund ihrer staatspolitischen Ansprüche auf Westpreußen und dabei nicht zuletzt den Zugang zur Ostsee wichtige Erfolge erreicht. Ohne Assimilierung der Kaschuben, oder zumindest deren politische Einschmelzung fiel jede ethnografisch stichhaltige Begründung für eine polnische Küstenlinie weg. Umso erstaunlicher, dass die Polenarbeit in der Kaschubei den deutschen

Borzyszkowski in deutscher Übersetzung sowie von Richard Breyer, *Die kaschubische Bewegung vor dem ersten Weltkrieg*, im Original in: Ernst Bahr (Hg.), *Studien zur Geschichte des Preussenlandes*. Festschrift Erich Keyser, Marburg 1963.

²² Zit. nach Wannow, S. 168.

²³ Ebenda, S. 173.

²⁴ Jozef Borzyszkowski, *Aleksander Majkowski (1876–1938). Biografia historyczna*, Gdansk-Wejherowo 2002, S. 886. u. 411 ff.

Zeitungen der Region Danzig kaum eine Erwähnung wert schien. Das mag auch daran gelegen haben, dass kaschubische Nachbarn Jahrhunderte lange Normalität waren und die Kaschuben allgemein als loyale Staatsbürger angesehen wurden, die sich zumal schnell integrierten, wenn sie in die Städte zogen.

Zur zielgerichteten politischen Arbeit der polnischen Eliten zur Stärkung ihrer Position in den Teilungsgebieten wie zur Wiederherstellung polnischer Staatlichkeit unter unbedingter Einbeziehung Danzigs, bzw. zur Offenhaltung der polnischen Frage gehörte die Beeinflussung der Entscheidungsträger und der Öffentlichkeiten in den großen westlichen Demokratien. Dabei waren ihre Möglichkeiten zur Werbung in eigener Sache objektiv begrenzt, gerade auch deshalb, weil sie sich auf keinen völkerrechtlich anerkannten Staat stützen konnten. Auf diplomatischer Ebene waren die Chancen extrem gering, solange die Teilungsmächte nicht untereinander Krieg führten. Keine westliche Regierung konnte oder wollte sich dem Vorwurf aussetzen, separatistische Bewegungen zu unterstützen. Hinzu kam, dass mitteleuropäische Fragen in den USA, in England und auch Frankreich kein besonderes Interesse fanden und diesen dort keine größere Wertigkeit im Geflecht eigener Interessen beigemessen wurde. Die Kenntnisse darüber waren auch nur sehr dürftig. Umso wichtiger schien es für die Polen, eigentlich für alle Protagonisten, die öffentlichen Meinungen im Westen in ihrem Sinn zu beeinflussen. Deren Haltungen und Sympathien konnten unter bestimmten Umständen von wirkmächtiger Bedeutung werden. Andersherum, es war von erheblicher Bedeutung, wie die polnische Problematik in den großen, die öffentliche Meinung prägenden Zeitungen in einer Zeit ohne Rundfunk und Fernsehen reflektiert wurde. Dabei kam den USA eine potenziell besonders wichtige Rolle zu.

Das Studium großer amerikanischer Zeitungen macht deutlich, dass Mitteleuropa jenseits des Atlantischen Ozeans in hohem Maße bis zum Krieg eine Terra incognita blieb. Dieser Befund lässt sich grundsätzlich auch für das Vereinigte Königreich treffen und mit Abstrichen wohl auch für das traditionell polenfreundliche Frankreich. Aus Zeitgründen muss ich mich bei meinen Ausführungen auf Fragen der deutsch-polnischen Verhältnisse und ihre Widerspiegelung in großen amerikanischen Blättern beschränken. An unserer Thematik interessierte Leser mussten letztere schon sehr regelmäßig studieren, um ein Mindestmaß an Informationen zu bekommen. Im Grunde finden wir nur eine eher sporadische Berichterstattung, die vor allem informierte und wenig wertete. Zumeist kamen beide Seiten zu Wort. Dabei waren sich die verantwortlichen Redakteure bewusst, wie wenig über die Verhältnisse in dieser fernen Region in der Öffentlichkeit bekannt war. In der einflussreichen New York Times, die dem Raum relativ noch die größte Aufmerksamkeit widmete, hieß es am 19.09.1903 auch, dass die „slawische Bewegung“ in Deutschland in den USA kaum verstanden würde. Inwieweit wurden die Kaschuben als Volksgruppe, als Eigenständigkeit anstrebende Bewegung überhaupt wahrgenommen. Das Ergebnis ist ernüchternd, spiegelt aber auch gleichzeitig die kaum vorhandenen Kenntnisse und die geringe Differenziertheit

des Wissens über Ostmitteleuropa wieder. In der Londoner Times werden Kaschuben überhaupt erst am 07.06.1933 in einem Brief an den Herausgeber erwähnt. In den Spalten von Boston Daily Globe, Christian Science Monitor, Los Angeles Times und anderer einflussreicher Zeitungen kommen Kaschuben überhaupt nicht vor. In der Washington Post wie der Chicago Daily Tribune erfuhr der Leser am 05. April 1908 in Zusammenhang mit dem preußischen Gesetz über die Festlegung von Deutsch als einzig erlaubter Sprache bei öffentlichen Veranstaltungen, dass davon 4,5 Millionen „of Kaiser's people“ betroffen wären, zu denen auch die Kaschuben in der Provinz Westpreußen gehörten. Ausführlicher behandelte am 04. September 1904 die New York Times das Thema Kaschuben. Unter der Überschrift „War of purses about Poles“ schreibt das Blatt, „dass der Krieg zwischen den Polen und der preußischen Regierung“ „lustige“ Formen annähme. Zurzeit schienen die Kaschuben, „ein altansässiger Stamm in Westpreußen“ in Gefahr von den „listig vorgehenden“ „German Poles“ bzw. „Prussian Poles“ kolonisiert zu werden. Der Aufkauf von Land kaschubischer Besitzer werde von einem starken Bündnis aus polnischen Politikern, Finanziers und Magnaten betrieben. Diesen ginge es dabei vor allem um die Stärkung des polnischen Einflusses in der Kaschubei, wobei sie sich davon leiten ließen, dass Großgrundbesitzer in Westpreußen kraft ihrer Position automatisch viel Macht über die einfache Landbevölkerung besäßen. Durch steigende Bodenpreise würden auch für die „dunkelhäutigen, kurz gewachsenen“ und „naiven“ Kaschuben einige materielle Brosamen abfallen. Ähnlich einiger anderer Artikel informierte der Beitrag auch über die nur mageren Resultate behördlicher Bemühungen, verstärkt deutsche Siedler („Teutonen“) anzulocken. Am intensivsten beachteten die Zeitungen die deutsch-polnischen Auseinandersetzungen in der Provinz Posen. Allerdings, von mehr als punktueller Information vor dem Weltkrieg kann nicht gesprochen werden. Verschiedene Beiträge berichteten von wachsenden Spannungen zwischen Organen des Staates und seinen polnischen Bürgern. Der Leser erfuhr von polnischer Unzufriedenheit über die Verhältnisse, speziell in Posen, staatlicher Repression einerseits und intensiven Bemühungen andererseits, Wirtschaft und Infrastruktur auch in vorwiegend polnisch besiedelten Gebieten zu fördern. Er las von polnischer nationaler Selbstbehauptung und wachsendem politischen Einfluss des politischen Polentums unter der polnischen Bevölkerung, Bemühungen der Behörden, diesen auch mit harter Hand zurückzudrängen. Dabei wurde auch amtlicher Argumentation breiterer Raum eingeräumt. Beispielsweise brachte die New York Times am 29. Januar 1886 einen Artikel unter der Überschrift „Bismarck and the Poles. A remarkable speech²⁵ by the German Chancellor. „Die Zeitung referierte dessen wichtigste Aussagen zur Begründung einer schärferen Politik gegenüber den Polen Preußens, vor allem von Möglichkeiten ihrer Enteignung und Ausweisung sowie

²⁵ Bismarcks Rede am 28.01.1886 im Preußischen Landtag.

der Notwendigkeit verstärkter Germanisierung. Zunächst warf Bismarck den Polen Illoyalität gegenüber der Krone und ständiges Intrigieren gegen die preußische Regierung vor. Stetig und nicht immer erfolglos suchten sie andere Staaten gegen Preußen zu beeinflussen. Der Kanzler und preußische Ministerpräsident beschuldigte dann die polnische Reichstagsfraktion der „Komplizenschaft“ mit der Opposition. Sie sorgte auf diese Weise für eine Mehrheit gegen die Regierung, deren Verweigerungshaltung der Krone nur die Wahl ließe, die Forderungen der Opposition zurückzuweisen oder das „Element des Übels“, welches diese Mehrheit ermögliche, zu zerstören. Der sich offenbar in Rage redende Bismarck erklärte sichtlich bewegt, dass die Regierung niemals die Wiedererrichtung eines polnischen Staates zulassen werde. Niemand dürfe seine Entschlossenheit unterschätzen, die territoriale Integrität Preußens zu wahren. Und wer gegen den Staat agiere, der könne auch nichts von diesem einfordern. Ein Zurück zur preußischen Politik des Entgegenkommens gegenüber den Polen könne es aus den genannten Gründen unter ihm, Bismarck, nicht geben, auch wenn die Mehrheit des Reichstages dafür eintrete. Indirekt drohte der Kanzler damit, Wilhelm zur Abwehr offenkundig großer Gefahren für das Vaterland zu raten, den Reichstag politisch auszuschalten – zumindest in dem Maße, wie es die Verfassung des Reiches und die Gesetze erlaubten. Die New York Times schien die in Berlin verbreitete Auffassung zu teilen, dass Bismarcks Rede auf eine baldige Auflösung des Reichstages oder einen Coup d'état hindeute. Das schien auch die Hauptbotschaft des Artikels. Der interessierte und regelmäßige Leser bedeutender amerikanischer Zeitungen erfuhr auch, dass die Politik forciertter Repression und Germanisierung das politische Polentum eher stärkte als schwächte und somit das Gegenteil des Beabsichtigten erreichte.²⁶ Die allgemeine Realität richtig wiedergebend schrieb die Chicago Daily Tribune am 07.11.1910, dass das Zusammengehörigkeitsgefühl der Polen der Teilungsgebiete trotz aller Bestrebungen ihrer Regierungen „größer denn je zuvor wäre.“ Reflektiert wurde die wachsende Bedeutung der Sprachenfrage in den nationalen Auseinandersetzungen Mittel- Ostmittel- und Südosteuropas, wobei sich einige Artikel speziell auf Preußisch bzw. Deutsch Polen²⁷ konzentrierten.²⁸ Am 30. Juli 1914 druckte die New York Times unter der Überschrift „Trouble in Europe. A War of Tongues – Struggle for Supremacy between Germanism and Slavism“ einen längeren Beitrag von Professor George Dorsey, den dieser nach einem längeren Aufenthalt in Mittelost-, Südost- und Osteuropa geschrieben hatte. Dabei erläuterte der Verfasser, dass eine Reihe von Völkerschaften erst in jüngster Zeit ein eigenes Nationalgefühl entwickelte und sich der Bedeutung der eigenen Sprache bewusst

²⁶ Z. B. in der Chicago Daily Tribune vom 11.12.1901.

²⁷ Die Bezeichnungen German bzw. Prussian Poland waren üblich.

²⁸ Beispielsweise im Boston Globe vom 26.01.1902, oder in der Chicago Daily Tribune vom 12.12.1901 und 05.09.1902.

wurde. Als ein Beispiel verwies er auf die Ruthenen Galiziens und deren Bemühungen, die traditionelle politische, wirtschaftliche und kulturelle Dominanz der Polen zurückzudrängen. Der deutschen Nationalitätenpolitik in den Ostprovinzen bescheinigte Dorsey ein erstaunliches Maß an Stupidität und Ungeschicklichkeit.²⁹ In diesen Regionen habe es im Laufe der Geschichte sowohl Perioden verstärkter Polonisierung als auch Germanisierung gegeben. Dabei habe es sich um weitgehend natürliche Prozesse gehandelt. Nach seinen Erkenntnissen hätten sich viele Slawen (Polen) auf dem Weg der Germanisierung befunden. Bismarcks Entscheidung, diesen Prozess mit auch radikalen Methoden künstlich zu beschleunigen habe jedoch das völlige Gegenteil des Beabsichtigten bewirkt. Trotz offenkundiger materieller und sozialer Fortschritte der polnischen Bevölkerung im Deutschen Reich wären die Versuche gescheitert, die Polen mittels massiven staatlichen Drucks zu germanisieren. Am 26.09.1913 schrieb die Zeitung, dass sich Polen und Deutsche im Wilhelminischen Staat nicht angenähert, sondern zunehmend entfremdet hätten. Wilhelm wurde konzidiert, durchaus am Wohlergehen seiner polnischen Untertanen aufrichtig interessiert zu sein. Im Gesamtinteresse des Deutschen Reiches müsse er aber endlich anerkennen, dass die bisherige Polenpolitik gescheitert war. Der Berliner Regierung könne an keinem Feind im Innern gelegen sein „who might strike a blow at any time in aid of“ eines äußeren Feindes. Damit meinte das New Yorker Renommierblatt wohl primär Frankreich. Wie London mit beachtlichem Erfolg, so sollte nach Meinung des Verfassers auch Berlin aus vergangenen Fehlern lernen und seinen Kurs korrigieren. Sicher könne niemand erwarten, dass Deutschland der Schaffung eines unabhängigen Staates auf dem Territorium seiner mehrheitlich von Polen bewohnten Gebiete zustimme. Dagegen läge die Gewährung von umfassenden Selbstverwaltungsrechten und dabei besonders der Akzeptanz polnischer kultureller Autonomie im wohlverstandenen Interesse auch des Deutschen Reiches. Nur so könnten die Polen für den Staat gewonnen werden.

Bewahrung des territorialen Status quo und Befürwortung einer liberalen Minderheitenpolitik aller Teilungsmächte, auf diesen Nenner ließe sich die Position der großen amerikanischen Blätter zur Polenfrage vor dem Weltkrieg bringen. Die Wiederherstellung polnischer Staatlichkeit und die mit ihr untrennbar verknüpfte Neuordnung Mittelosteuropas standen für sie wie für die Regierung am Potomac nicht auf der Tagesordnung.³⁰ Dahin gehende Wünsche schienen in den USA (wie in England und Frankreich) als völlig unrealistisch. So schrieb die Washington Post am 07.02.1908 unter der Überschrift „Poland's Swan Song“ von letzten verzweifelten Bemühungen Polens, des „unhappy weakling“ in der Familie

²⁹ Diese Wertung findet man auch in anderen Beiträgen.

³⁰ Davon abgesehen, dass das Thema Polenfrage keinen großen Stellenwert besaß und in den Medien nur relativ wenig Aufmerksamkeit fand.

Europas, die Idee eigener Staatlichkeit international nicht völlig in Vergessenheit geraten zu lassen. Derartige Hoffnungen der Polen hielt das Hauptstadtblatt für wirklichkeitsfremd.

Der Erste Weltkrieg eröffnete der polnischen Nation objektiv Chancen, deren Richtung, Ausmaß und Realisierbarkeit aber zunächst noch im Dunklen lagen. Die polnische Frage erlangte zunehmend mehr Aufmerksamkeit und fand wieder den Weg auf die internationale Tagesordnung. Immerhin hatten alle drei Teilmächte im Ersten Weltkrieg großes Interesse an der Mobilisierung aller polnischen Ressourcen für ihre Interessen. Polnische Wehrpflichtige und Berufssoldaten kämpften zwar zumeist loyal in den Armeen des Zaren und der Kaiser in Wien und Berlin und somit oft direkt gegeneinander. Aber angesichts der Kräfteverhältnisse und des als Entscheidungskrieg empfundenen militärischen Ringens sahen sich Entente wie Mittelmächte veranlasst, die polnische Nation durch Versprechungen und Zugeständnisse auf Kosten der jeweiligen Kriegsgegner auf ihre Seite zu ziehen. Allerdings ging die Kompromissbereitschaft nirgendwo soweit, einen unabhängigen Staat Polen zuzugestehen.

Das Deutsche Reich war unter keinen Umständen willens, Polen als Gegenleistung für uneingeschränkte Unterstützung im Krieg irgendeine Zugeständnisse in der Danzigfrage zu machen. Danzig und das Weichseldelta waren für alle deutschen Parteien, für die ganze Nation, unbestreitbar und unverzichtbar deutsches Land. Entgegenkommen für ihre Forderungen nach einem Seezugang über Danzig konnte die polnische Nation nur von Russland für den Fall einer Niederlage der Mittelmächte erhoffen. Besonders die polnischen Nationaldemokraten bemühten sich nach Kriegsbeginn intensiv darum. Die *Gazeta Warszawska*, Hauptblatt der Nationaldemokraten, betonte beispielsweise am 11. Januar 1915 die herausragende Bedeutung der Gewinnung von Danzig und Thorn für Nachkriegspolen.³¹ Nur mit ihrer Kontrolle wäre Polen stark genug, die nach einem verlorenen Krieg zu erwartenden deutschen Revanchebestrebungen abzuwehren und die für Russland selbst vorteilhafte Rolle eines Bollwerks gegen den „Germanismus“ zu spielen.

Die Führung in Petrograd deutete zwar gelegentlich die Möglichkeit territorialer Zugewinne für ein mit Russland verbundenes Königreich Polen an. Dabei blieb sie im Konkreten aber vage und vermied jede klare Zusage. Zar und Außenministerium machten darüber hinaus deutlich, dass dafür nur Territorien mit klarer polnischer Bevölkerungsmehrheit in Frage kommen könnten. Entgegenkommen an Polen war in der russischen Öffentlichkeit auch nicht populär.

Polnische Aktivisten bemühten sich nach Kräften, die Westmächte für ihre Ziele zu gewinnen. Diese lehnten es aber ab, auf Russland Druck auszuüben. Polen

³¹ Horst Günther Linke, *Das zaristische Russland und der Erste Weltkrieg. Diplomatie und Kriegsziele*, München 1982. Übergreifend siehe Norman Davies, *God's Playground. A History of Poland*, Vol. II, Oxford 1981; Piotr Wandycz, *The Lands of Partitioned Poland, 1795–1918*, Seattle 1993.

war Interessengebiet des russischen Verbündeten. Dazu kam die stete Sorge vor einem Separatfrieden im Osten, der die Mittelmächte vom Druck des Zweifrontenkrieges befreit hätte. Auch das Vorhandensein der nicht unterschätzten, sogenannten Deutschenpartei³² im Zarenreich spielte eine Rolle. So blieb es bei einigen, in der Substanz unverbindlichen Sympathiebekundungen für die Wünsche der Polen. Im französischen Außenamt ließ man etwa verlauten, dass Frankreich eine russische Übergabe Danzigs an Polen wohlwollend bewerten könne. Aus London kamen Signale, nach denen Nachkriegspolen auf ethnografischer Basis von Deutschland große Teile der Provinz Posen sowie Ostoberschlesien erhalten könne. Ohne dabei konkreter zu werden, die Regierungen der russischen Bündnispartner bekannten sich auch zu einem freien Ostseezugang für Polen – russisches Einverständnis vorausgesetzt. Nicht infrage gestellt, auch nicht in der Führung der noch nicht am Krieg beteiligten USA, wurde eine fortdauernde enge Bindung Polens an Russland, also bestenfalls ein mehr oder weniger autonomes Königreich als Teil des Imperiums.

Stets immanent blieb die Sorge vor einem deutsch-russischen Separatfrieden im Osten. Den Westalliierten schien äußerste Vorsicht in allen Fragen geraten, die in Petrograd Misstrauen und Missstimmung erregen könnten. Dort riefen schon vorsichtige Mahnungen britischer und französischer Diplomaten an den öffentlichen Erklärungen über Polen festzuhalten, heftige Reaktionen bei den mächtigen russischen Imperialisten hervor.³³

Die eben kurz geschilderte Situation änderte sich radikal mit dem Kriegseintritt der Vereinigten Staaten und noch mehr dem Sieg der Bolschewisten in der russischen Oktoberrevolution, dem unübersehbaren Zusammenbruch des zaristischen Imperiums und dem Ausscheiden Russlands aus dem Krieg im Ergebnis des Friedens von Brest-Litowsk und darüber hinaus dem Geschehen an den Fronten wie dem endgültigen Scheitern eines Kompromissfriedens auf der allgemeinen Grundlage des Status quo ante.

Bevor ich auf die Auswirkungen auf die polnische Frage und hierbei besonders auf Danzig mit Westpreußen und deren Behandlung auf Regierungsebene eingehe, einige Betrachtungen zur Reflektion dieser Problematik in der amerikanischen Presse seit Kriegsbeginn. Um es wenigstens zu erwähnen. Die polnischen Aktivisten maßten der Haltung der öffentlichen Meinung der USA eine besonders wichtige Bedeutung für die Durchsetzung ihrer Ziele zu.

Das mit dem großen Krieg international wieder stärker erwachende internationale Interesse an Polen spiegelte sich auch in den westlichen Medien wieder, wobei immer auch Auswirkungen der Zensur, der amtlichen Beeinflussung der

³² In den britischen Akten zu den Ursprüngen des Weltkrieges finden sich viele Hinweise darauf wie die damit korrelierenden Sorgen der Londoner Politik.

³³ Ward Rutherford, *The Tsar's War 1914-1917*, Cambridge 1992, S. 246.

Zeitungen – besonders in Frankreich und Großbritannien – zu berücksichtigen sind. Es kann festgestellt werden, dass sich die großen US Zeitungen ab August 1914 stärker mit der polnischen Problematik als vor Kriegsbeginn befassten. Allerdings, eine wichtige und schon gar nicht herausgehobene Bedeutung wurde ihr vorerst nirgends beigemessen. Unsere Analyse und Betrachtung muss sich hier auf „German“ oder „Prussian Poland“ beschränken. Dabei wird schnell klar, dass kleinere Völker wie die Kaschuben keine Beachtung fanden. Zwar wird manchmal von einem slawisch-deutschen Gegensatz im Wilhelminischen Kaiserreich gesprochen. Gemeint ist aber auch in diesem Fall immer die Rivalität zwischen Deutschen und Polen. Im Übrigen haben polnische Politiker und Aktivisten weder bei ihren Bemühungen um die Beeinflussung der westlichen Öffentlichkeiten noch bei Gesprächen mit Regierungsvertretern zwischen Polen und Kaschuben differenziert. Anders gesagt, die kaschubische Bevölkerung Westpreußens wurde bei allen Anstrengungen zur Begründung der polnischen Ansprüche auf die untere Weichsel und Danzig stets automatisch den Polen zugeordnet.³⁴

Nach Kriegsausbruch informierten amerikanische Zeitungen³⁵ über Loyalitätsbekundungen der polnischen politischen Repräsentanten an ihre jeweilige Regierung wie intensive Bemühungen der Führungen in Petrograd, Berlin und Wien um die größtmögliche Mobilisierung des Potenzials ihrer polnischen Untertanen für den Krieg. Die Chicago³⁶ Daily Tribune informierte z. B. am 16. August 1914, dass der Zar seinen polnischen Untertanen als Gegenleistung für loyale Unterstützung der russischen Kriegsanstrengungen Selbstverwaltung (home rule) versprochen habe. Tags darauf teilte die New York Times³⁷ ihren Lesern unter der Überschrift „Russlands Polen freuen sich“ mit, dass das Autonomieversprechen Nikolaus II. Russen und Polen gleichermaßen in einen Zustand der Begeisterung versetzt habe. Darüber hinaus wertete sie die Proklamation des Zaren als Antwort auf entsprechende deutsche und österreichisch-ungarische Aktivitäten sowie als Anerkennung der pro-russischen Erklärungen der polnischen Dumafraktion und den vorbildlichen Ablauf der Mobilmachung in Russisch Polen. Der britische Kriegskorrespondent in Russland, Bernhard Pares, berichtete von allgemeinem Kriegsenthusiasmus der Polen aller gesellschaftlicher Schichten, stärksten

³⁴ Dieser Umstand wird nicht nur in der Presse der USA und Großbritanniens deutlich. Zum selben Resultat führt die Durchsicht der großen Dokumentenpublikationen. Das gilt auch gleichermaßen für die relevanten Aktenbestände des Londoner Nationalarchivs (The National Archive) - (ehemals Public Record Office.)

³⁵ Für viele Zeitungen blieb die polnische Frage – die polnischsprachigen Zeitungen natürlich ausgenommen- bis Versailles eine Terra incognita oder eine kaum beachtete.

³⁶ Chicago galt mit 400 000 Amerikanern polnischer Herkunft als polnische Hochburg – Chicago Daily Tribune v. 06.09.1914.

³⁷ Nach meiner Kenntnis befasste sie sich unter den großen Zeitungen am intensivsten mit Themen im Zusammenhang mit Polen.

Bemühungen um die Unterstützung der russischen Armee und eine positive Aufnahme der Deklaration des Zaren. In diesem Sinne hatte auch der Generalgouverneur in Lemberg öffentlich erklärt, dass Ostgalizien Teil eines polnischen Königreiches innerhalb des Zarenreiches werden sollte.³⁸ Die Haltung der Polen in Russland schien dem intimen Kenner der Verhältnisse im Vergleich mit der Vorkriegszeit radikal verändert. Roman Dmowski, den Pares hoch schätzte, erklärte am 03. November 1914 in Warschau vor Pressevertretern, dass alles bisherige Blutvergießen zwischen Polen und Russen „was drowned in the heavy sacrifices of the present common struggle.“³⁹ Am 20.12.1914 druckte die New York Times einen Bericht des Korrespondenten der Associated Press vom 01. Dezember aus Posen. In geradezu euphorischen Worten teilte dieser mit, dass sich als eine der kleineren Auswirkungen des Krieges auch das deutsch-polnische Verhältnis gewaltig verbessert hätte. Deutschlands polnisches Problem scheine sich derzeit selbst aufgelöst zu haben. Überall auf den Schlachtfeldern erfüllten polnische Soldaten ohne Einschränkungen ihre Pflicht. Dabei zeigten die rund 365.000 Armeeangehörigen polnischer Nationalität nicht weniger Kampfgeist und Entschlossenheit als ihre deutschen Kameraden. Gleichzeitig zeigten die Behörden bisher unbekanntes Entgegenkommen. Die polnische Sprache werde nicht mehr geächtet. Die Proklamation der Mobilmachung sei in deutscher wie polnischer Sprache gedruckt worden. Erstmals seit langer Zeit bekämen polnische Firmen Rüstungsaufträge. Polnische Vertreter würden in wichtige Kommissionen berufen und polnische Bankiers säßen im Direktorium der Reichskreditbank. Auch in den Folgemonaten gingen amerikanische Zeitungen gelegentlich auf aktuelle Entwicklungen der Polenpolitik der Teilungsmächte ein. So informierte der Boston Daily Globe am 06. November 1916 über die Proklamation eines neuen polnischen Königreiches durch die „Teutonen.“ Offenkundig spiegelte sich die Verschlechterung der Beziehungen zwischen den USA und den Mittelmächten auch in Wortwahl und Sprache der Medien wieder. Zunehmend schrieben sie von Deutschland und Österreich-Ungarn als Teutonen oder teutonischen Mächten. Schnell wurde „Hunne“ zum Synonym für Deutsche.⁴⁰ Gleichzeitig hielten sich die Zeitungen mit eigenen Bewertungen über die polnische Frage sehr zurück. Bestenfalls konnte zwischen den Zeilen gelesen werden. Im Frühjahr 1915 druckte die New York Times zwei längere Artikel, die sich mit dem Problem Neuordnung der mittelosteuropäischen Verhältnisse nach dem Krieg befassten. Das war in dieser Form und Intensität neu. Erstmals wurde damit vor einem größeren Publikum auch das Thema möglicher Veränderungen des territorialen Status quo an der unteren Weichsel aufgeworfen. Interessanterweise verzichtete die New York Times dabei auf Artikel aus

³⁸ Bernhard Pares, *Day by day with the Russian Army, 1914–15*, London 1915, S. 21.

³⁹ Ebenda, S. 17, 36, 47, 50 u. 71.

⁴⁰ Anfang 1915 beginnend.

der Feder amerikanischer Autoren. Stattdessen brachte sie zwei übersetzte Beiträge französischer Verfasser. Um es vorweg zu sagen, diese verwendeten zur Bekräftigung polnischer Ansprüche polnische Angaben⁴¹ zu den Nationalitätenverhältnissen in potenziell umstrittenen Gebieten. In den USA und Großbritannien verwendete man im Regelfall die amtlichen Statistiken der Volkszählungen. Die Unterschiede waren oft gravierend. Die von polnischer Seite vorgelegten Schätzungen über die Zusammensetzung der westpreußischen Bevölkerung zeigten beispielsweise eine deutliche polnische Mehrheit, während die offiziellen Zahlen den Anteil der Deutschen bei rund zwei Drittel feststellten.

In seinem am 04. April 1915 in der New York Times erscheinenden umfangreichen Beitrag zeigte sich der bekannte Radikalsozialist und scharfe Regierungskritiker Gustave Herve überzeugt, dass der wünschenswerte russische Sieg die Wiederherstellung eines autonomen Königreiches Polen unter Oberhoheit des Zaren bringen werde. Ausführlich befasste er sich mit den zukünftigen Grenzen Polens, denen das in den westlichen Staaten, namentlich den USA, zunehmend populäre Prinzip der Nationalität zugrunde liegen sollte. Im Osten nahm der Verfasser schon weitgehend die später von Lord Curzon empfohlene Linie vorweg. Schwierigkeiten sah er für Ostgalizien mit Lemberg. Wegen klarer polnischer Mehrheiten müsste Deutschland im Rahmen der geforderten gerechten Lösung die Provinzen Posen und Westpreußen völlig sowie Südostpreußen abtreten. Zwar seien viele Danziger seit 1772 germanisiert worden. Dennoch hätte die Stadt ihren polnischen Charakter teilweise behalten. Richtige (genuine) Deutsche lebten im geschlossenen Siedlungsraum Nordostpreußen. Polen wäre klug beraten, diese zwei Millionen Menschen außerhalb seiner Grenzen zu belassen. Da eine Insellage des Königsberger Gebiets latente deutsch-polnische Spannungen produzieren würde regte Herve an, den westpreußischen Küstenstreifen mit Danzig bei Deutschland zu belassen. Auch wenn von seiner Bevölkerung her Polnisch geprägt, so sollte Oppeln Schlesien aus strategischer Erwägung zur Eindämmung deutscher Expansionsabsichten an die Tschechen Böhmens fallen. Zu bedenken wäre auch, dass der Raum ursprünglich Böhmisches war. Das herbeigesehnte neue Polen müsste sich allerdings von seinem Antisemitismus kurieren, „welcher seine besten Freunde in Frankreich so bekümmere.“

Am 30. Mai 1915 publizierte die New York Times Auszüge aus dem neuesten Buch von Jean Finot über den europäischen Krieg. Dieses Mal hatte die Redaktion dem Beitrag eine Einleitung vorangestellt. Der Leser wurde darüber informiert, dass Finot Herausgeber der La Revue sei, in Frankreich über großen Einfluss verfüge und sein erwähntes Buch weltweit Aufsehen erregt habe. Noch wichtiger für unser Thema ist der ausdrückliche Hinweis in der Einleitung der Redaktion, dass die abgedruckten Passagen interessante Vorschläge für die zukünftige Gestalt

⁴¹ Es gab teilweise nicht geringe Schwankungen.

Deutschlands und Österreich-Ungarns sowie die Schaffung neuer Nationalstaaten aus deren Territorien enthalten. Ohne hier auf alle aufgeworfenen Fragen eingehen zu können. Finot bekannte sich als Anhänger der in den USA sehr populären Auffassung, dass Nachkriegseuropa auf Gerechtigkeit und Humanismus basieren müsse. Deshalb sollten Grenzziehungen grundsätzlich im Einklang mit den Wünschen der Menschen vor Ort stehen. Finot wollte im Falle des alliierten Sieges den Deutschen die Fähigkeit zu europäischer Hegemonie nehmen. Zu diesem Zweck sollte Polen unter russischem Protektorat stark genug gemacht werden, um in enger Anlehnung an das Zarenreich einen mächtigen Puffer gegen Deutschland zu bilden. Diese Auffassung entsprach im Kern den Intentionen der französischen Führung. Unter Rückgriff auf radikalere polnische Wunschvorstellungen sollte die polnische Grenze bis kurz vor Berlin nach Westen verschoben werden. Zur Rechtfertigung derart weitgehender Forderungen schrieb er, dass Polen auf die betreffenden Territorien „unveräußerliche Rechte“ besitze. Zur Begründung verwies er auf die Grenzen von 1772, die er gedanklich viel weiter nach Westen verschob, als sie wirklich vor den Teilungen lagen. Um nicht mit dem Prinzip des Selbstbestimmungsrechts in Konflikt zu geraten, propagierte Finot den unübersehbar polnischen Charakter der betreffenden Gebiete. Zumindest dem kenntnisreicheren Leser mussten seine Einschätzungen der Situation reichlich kühn vorkommen. So behauptete er, dass im ganzen Raum östlich von Berlin alles Polnisch sei, von der Seele der Menschen bis zu den Ortsnamen. Das für Polens Macht und Wohlergehen unverzichtbare Danzig, „die alte Hauptstadt Polnisch Pommerns“ sei genauso Polnisch geblieben wie „Krolewiec (Königsberg)“. Polnische Tradition und leidenschaftliches Nationalgefühl beherrschten die Bewohner, wenn sie dieses auch wegen der obwaltenden Umstände öffentlich nicht zeigten. Alle warteten nur auf den Moment, sich offen zu Polen bekennen zu können. Auch ganz Schlesien habe trotz jahrhundertlanger Unterdrückung seinen polnischen Charakter behalten. Alle Germanisierungsversuche seien an der unerschütterlichen Liebe der Schlesier zu Polen zerschellt. Unter Verweis auf nicht näher benannte polnische Zeitungen teilte Finot mit, dass die polnische Sprache heute in Schlesien sogar noch weiter verbreitet wäre als in Ostgalizien und Russisch Polen. Nicht vergessen werden dürfe der tschechische Ursprung Schlesiens. Vor allem aber strategische Notwendigkeiten der Kleinhaltung Deutschlands sprächen für die Einbeziehung Schlesiens in ein Königreich Böhmen. Im eigenen Sicherheitsinteresse sollte Polen deshalb auf Schlesien verzichten. Um seiner Argumentation mehr Nachdruck zu geben, verwies Finot auf Aussagen Bismarcks, „the only German diplomat of genius in a century.“ Bismarckzitate waren damals ein probates Mittel zur Stärkung der eigenen Aussagekraft. In Deutschland selbst wurden solche von den Deutschkonservativen bis zu den Sozialdemokraten verwendet, vorausgesetzt sie passten in das gewünschte Aussageschema. In unserem Fall verwies Finot auf Bismarcks „wirkliche Grundüberzeugung“, nach der ein unabhängiges Polen immer eine Bedrohung für Deutschland sein würde. Ein polnischer Staat, „pflegte er zu sagen“

wäre gleichbedeutend mit einer starken französischen Armee an der Weichsel. Mit einem feindlichen Polen im Rücken könnte nicht einmal die Rheinlinie gehalten werden. Finot schloss daraus, dass mit der Wiederherstellung eines starken Polens ein für alle mal die Totenglocken für „alle preußischen Träume“ läuten würden. Abschließend betonte er, dass sich ein besiegttes Deutschland früher oder später auf neuen Grundlagen rekonstruieren würde. Trotz Zerstörung Preußens könne dies auf Dauer keine Diplomatie verhindern. Deshalb bedürfe es eines undurchdringlichen Schutzwalles. Diese „ehrvolle“ wie „ruhmreiche Rolle“ fiele mit Logik an das neue Polen.

So etwas wie eine Diskussion der hier angeschnittenen Problematik im Allgemeinen wie der Frage eines polnischen Zugangs zur Ostsee im Speziellen fand dennoch vorerst nicht statt. Dafür war die Zeit noch nicht reif und das allgemeine Interesse der Amerikaner daran zu gering. Nicht zu vergessen, die Vereinigten Staaten standen noch außerhalb des Krieges und die klare Mehrheit der Bevölkerung wollte das nicht ändern. Die aktuelle und zukünftige Entwicklung in und um Ostmitteleuropa blieb ein Gegenstand eher sporadischer Aufmerksamkeit. Weiterhin hielten sich die großen Zeitungen dabei mit eigenen Stellungnahmen und Vorschlägen sehr zurück. Diese Situation änderte sich mit dem heraufziehenden Kriegseintritt der USA und weiter beschleunigt der formellen Kriegserklärung am 06. April 1917 als Antwort auf den uneingeschränkten U-Boot Krieg der Kaiserlichen Marine.

Am 22. Januar 1917 machte Woodrow Wilson in einer Adresse an den Senat vor aller Welt unüberhörbar deutlich, dass die USA bei der Schaffung der Nachkriegsordnung ein gewichtiges Wort mitzureden wünschten und welche Ziele und Prinzipien gelten sollten.⁴² Der Präsident lehnte einen Diktatfrieden ab und forderte ein „international concert“, das neue Waffengänge unmöglich machen sollte. Konsens sah das Weiße Haus in der Notwendigkeit eines geeinten, unabhängigen und selbständigen Polen. Damit hatte Wilson endlich das „Schweigen um das polnischen Problem gebrochen“ und die Gefahr gebannt, dass es lediglich als innere Angelegenheit Russlands bewertet würde.⁴³ „Alle großen Völker“ sollten, soweit praktisch durchsetzbar, einen gesicherten Zugang zum Meer bekommen. Allgemein warnte Wilson vor dem Beharren auf Maximalforderungen. „Frieden ohne Konzessionen und Opfer könne es nicht geben.“ Noch beharrte der Präsident aber auf einem Frieden ohne Sieg („without victory“). Ein den Besiegten aufgezwungener Friede würde von diesen als unter Zwang aufgezwungene Demütigung, als nicht zu akzeptierendes Opfer empfunden werden, seine Ergebnisse in der Erinnerung als bittere Demütigung fortleben. Ein Frieden auf dieser Basis könne nicht dauerhaft

⁴² Der Text der Rede ist im Internet leicht verfügbar. Hier unter www.lib.byu.edu.

⁴³ Dafür waren ihm die Polen sehr dankbar. – Hier zitiert aus einem Statement des National Polish Department of America. – The New York Times v. 30.01.1919.

halten, weil sein Fundament auf Treibsand gebaut wäre. Deshalb müsse das Prinzip der völligen Gleichberechtigung bei der Schaffung einer stabilen Nachkriegsordnung im Interesse aller für alle gelten. Nur auf dieser Grundlage ließe sich auch eine gerechte Lösung für die extrem komplizierten Territorialfragen oder jene der Zugehörigkeit zu „Rassen“ (race) und der Bestimmung nationalen Zugehörigkeitsgefühls finden. Diese Konditionen mussten, so lange sie die Agenda in Washington bestimmten, auch erhebliche Auswirkungen auf die polnische Problematik haben. Die polnischen Aktivisten waren sich durchaus bewusst, dass der „durchschnittliche amerikanische Zeitungsleser“ kaum Kenntnisse über die nationalen Gegebenheiten Ostmitteleuropas besaß und sein Interesse daran ausgesprochen gering war. Die Forderung nach gerechten Lösungen wurde allgemein geteilt, ohne dass die Lage vor Ort bekannt war. Darüber hinaus schienen ostmitteleuropäische Fragen im Gesamtrahmen, ganz im Unterschied zu Westeuropa und teilweise Südeuropa, nicht besonders wichtig. Auch die strategische Bedeutung der Neuordnung Ostmitteleuropas einschließlich der Notwendigkeit eines starken Polens als einer undurchdringlichen Barriere zwischen Deutschen und Russen, werde in ihrer Bedeutung für die Sicherheitsinteressen der Entente weit unterschätzt, bzw. gar nicht wahrgenommen. Niemals, auch hier nicht, fehlte die Erklärung, dass es ein mächtiges und wirklich unabhängiges Polen ohne einen sicheren Seezugang über Danzig nicht geben könne. Nach Auffassung polnischer Politiker und Propagandisten bestand die Gefahr, dass der durchschnittliche Amerikaner sich zu sehr von deutschen und österreichischen Argumenten einlullen lassen würde und im Ergebnis Deutschlands Machtbasis im Osten ungeschmälert bliebe. Dringend notwendig sei deshalb eine intensive Beeinflussung der US Öffentlichkeit im Sinne der polnischen Zielvorstellungen.⁴⁴ Zunehmend wurden auch Sprecher weiterer Völker wie Litauer, Tschechen oder Ukrainer aktiv. Dabei zeigten sich dem Leser gravierende Gegensätze in den Territorialvorstellungen der einzelnen Völker wie sich zum Teil dramatisch widersprechender Begründungen für erhobene Ansprüche. Je nach Zweckmäßigkeit wurden historische, historisch-ethnische, aktuell-ethnische, strategische oder wirtschaftliche Argumente in den Vordergrund gerückt. Hier Schneisen höchst möglicher und vor allem allseits akzeptierter Gerechtigkeit zu schlagen, schien den Pessimisten schon bald die Kunst die niemand kann. Nicht zu vergessen, Frankreich, Großbritannien und die USA betrachteten die Gestaltung des ostmitteleuropäischen Raumes realpolitisch dominiert primär durch die Brille ihrer Deutschland- und Russlandpolitik und Strategie.

Vor dem kurz skizzierten Hintergrund ist die Veröffentlichung der polnischen Hauptkriegsziele im Februar 1917 zu sehen. Da die USA vorerst noch neutral waren und kein konkreteres amerikanisches Kriegszielprogramm vorlag schien es

⁴⁴ Sehr ausführlich dazu ein langer Leserbrief des Direktors der Polish Associated Press James White. – New York Times v. 18.07.1918.

geraten, dieses in Form eines offenkundig inspirierten Leserbriefes zu tun. Am 05.02.1917 betonte Julius Hubbert in der *New York Times*, dass ein dauerhafter Friede in Europa ohne gerechte Lösung der polnischen Frage nicht möglich sei. Die Gerechtigkeit wie die Notwendigkeit einer stabilen Nachkriegsordnung verlangten gebieterisch die Schaffung eines demokratisch verfassten polnischen Nationalstaates, der die „polnischen Gebiete“ Galiziens, Schlesiens, Posens, Ost- und Westpreußens sowie Russlands umfassen müsse. Besonders unterstrichen wurde die Notwendigkeit der Übergabe Danzigs an Polen. Nur mit Danzig und dem Gebiet an der unteren Weichsel könne Polen prosperieren. Polen müsse in jeder Hinsicht politisch und ökonomisch von Deutschland und Russland unabhängig sein, seine Freiheit und sein Territorium von den Großmächten garantiert werden. Geschickt betonte Hubbert, dass diese Ziele in völliger Übereinstimmung mit den Auffassungen Wilsons stünden. Großdemonstrationen von Amerika-Polen betonten deren unbedingte Loyalität zu den USA und unterstrichen die erhobenen Forderungen.⁴⁵ Dennoch, intensivere Diskussionen in den US Medien blieben noch aus. Auch hielten sich die Zeitungen mit konkreten Meinungsäußerungen weiter sehr zurück, wobei die Blätter der Westküste, des Südens und zentraler Gebiete die polnische Thematik faktisch ignorierten. Auch die *New York Times* äußerte sich nur hin und wieder – zumindest so lange es nicht mehr amtliche Klarheit über konkrete Fragen gab. Ein Beitrag vom 20.05.1917 gibt den Stand der Behandlung recht gut wieder. Darin fasste Leon Dominian die wichtigsten Aussagen seines gerade erschienenen Buches „*Frontiers of Language and Nationality in Europe*“ zusammen. Die Notwendigkeit gerechter Grenzen werde, so der Autor, zwar nirgends ernsthaft in Frage gestellt. Allerdings handelte es sich angesichts der realen Siedlungsverhältnisse im Osten Europas um eine vertrackte Aufgabe. Oft überschritten sich die Forderungen der verschiedenen Völker wie die Bewertung der nationalen Zugehörigkeit deutlich. Mit dieser Erkenntnis waren die Konsumenten der großen Qualitätszeitungen inzwischen zunehmend vertraut, wie der Gefahren sich daraus möglicherweise ergebender schwer kalkulierbarer Konflikte zwischen potenziellen Nachfolgestaaten. Umso wichtiger schienen den mit diesen Problemen befassten Amerikanern möglichst unangreifbare Kriterien für die Ziehung von Grenzen. Dominian bekräftigte und unterstützte das Weggehen von „Rasse und Nationalität“ hin zu Sprache. Die ersteren beiden Kriterien hielt er für nicht hinreichend zielführend. „Reine Rassen“ gäbe es praktisch nirgendwo mehr. Um ein Mindestmaß an Gerechtigkeit und damit verbunden Stabilität zu gewährleisten und im Ergebnis die Gefahr zukünftiger Konflikte und Kriege deutlich zu verringern, betonte der anerkannte Experte die Bedeutung der Sprache als bestmöglicher Grundlage für Entscheidungen. Nur in Verbindung mit Sprache könne Nationalität eine zuverlässige Richtschnur bilden. Der Verfasser schien sich der großen Schwierigkeiten

⁴⁵ Z. B. *Chicago Daily Tribune* v. 04.06.1917.

für die Umsetzung der polnischen Ziele gerade in Westpreußen, von Danzig ganz zu schweigen, sowie Teilen von Posen und Oberschlesien bewusst, wenn die Ergebnisse der Sprachenstatistik zum entscheidenden Kriterium würden. So heißt es etwas sybillinisch, dass Deutschland das größte Hindernis für die Schaffung eines polnischen Staates auf der Grundlage der Sprachgrenzen darstelle.⁴⁶ Eine intensivere Debatte fand in den US Medien aber noch immer nicht statt. Alles in allem, die oben gemachten Ausführungen geben den Stand der Aufmerksamkeit und der ambivalenten Bewertung der polnischen und eng damit verbunden der Danzigfrage wieder, bevor Lloyd George⁴⁷ und Präsident Wilson im Januar 1918 erstmals in dieser Deutlichkeit die Kriegsziele ihrer Länder öffentlich machten, was uns wieder zur Regierungspolitik der großen Westmächte zurückführt.

Als erster benannte der britische Premier David Lloyd George am 05. Januar 1918 auf dem Kongress der britischen Gewerkschaften die englischen Bedingungen für einen Friedensschluss.⁴⁸ Er bekräftigte die Auffassung, dass die Führung des Deutschen Reiches die Verantwortung für den Krieg und seine Folgen trage. Dennoch sei es bis zum heutigen Tage weder das Ziel Englands, den deutschen Gesamtstaat aufzulösen oder zu zerstückeln, noch die Grundlagen für Deutschlands große Rolle („great position“) in der Welt zu zerstören. Deutschland müsse sich aber konsequent demokratisieren und beweisen, dass der Geist militärischer Dominanz den Krieg nicht überlebt habe. Eine solche Entwicklung im Deutschen Reich würde es den alliierten Regierungen sehr erleichtern, mit ihm einen „demokratischen Frieden“ auf breiter Grundlage abzuschließen. Selbstverständlich müsste Belgien als souveräner Staat ebenso wie die deutsch-französische Grenze von 1870 wieder hergestellt werden. Die britische Regierung⁴⁹ „glaube auch“, dass ein unabhängiger polnischer Staat für die Stabilität Westeuropas eine dringende Notwendigkeit darstellte. Sein Territorium sollte alle „genuinely Polish elements“ einschließen, die dem neuen Staat angehören wollten. Dass Lloyd George mit keinem Wort auf die Frage eines Seezugangs einging, deutet bereits auf seine Abneigung gegen einen polnischen Korridor durch deutsches Territorium zur Ostsee wie die Übergabe Danzigs⁵⁰ an Polen hin.⁵¹ Deutlich größer noch als auf

⁴⁶ Als zukünftige polnische Ostgrenze wurde die innerhalb des Zarenreiches zwischen Russland und Polen bestehende angesehen. Als offener galt der Raum Lemberg.

⁴⁷ Mit voller Zustimmung durch das zuvor befragte Kabinett.

⁴⁸ Die Rede ist über wwi.lib.byu.edu. schnell zugänglich.

⁴⁹ Zur britischen Danzigpolitik siehe Lutz Oberdörfer, *The Danzig Question in British Foreign Policy, 1918–1920*, in: *Diplomacy and Statecraft* 15 (3), 2004, S. 573-592.

⁵⁰ Die Experten des Foreign Office verwiesen früh auf den eindeutig deutschen Charakter Danzigs, eine Auffassung, die durch die Erfahrungen britischer Besucher bestätigt wurde. Danzig spielte eine wichtige Rolle als Umschlagplatz im britischen Ostseehandel.

⁵¹ Das liberale Amerika begrüßte die Rede. Volle Unterstützung signalisierte u. a. auch der republikanische Expräsident William H. Taft. Dieser begrüßte ausdrücklich die klare Rahmensetzung

die Rede von Lloyd George war die internationale Reaktion auf Wilsons 14 Punkte, auch das ein Ausdruck des weltweit enorm wachsenden Gewichts der USA. Ohne hier auf alle Fragen und schon gar nicht Einzelheiten eingehen zu können,⁵² in allererster Linie ging es Wilson in seiner Rede vor beiden Häusern des Kongresses am 08. Januar 1918 um die Notwendigkeiten einer dauerhaften, stabilen und gerechten Friedensordnung. Punkt 13 bekräftigte die Forderung nach Errichtung eines unabhängigen polnischen Staates. Dessen Staatsterritorium sollte⁵³ sich jedoch nicht an den Grenzen von 1772 orientieren, sondern sich auf jene Gebiete beschränken, die „unbestreitbar von Polen (by indisputable Polish populations)“ bewohnt wurden. Ein freier und sicherer Zugang zur Ostsee sollte gewährleistet und die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit wie die territoriale Integrität Polens durch internationale Vereinbarungen garantiert werden. Auch wenn die endgültigen Entscheidungen der Friedenskonferenz vorbehalten blieben, Wilson hatte ähnlich Lloyd George klargemacht, dass er die so genannte kleinpolnische Variante klar favorisierte. Anders als sein britischer Kollege hatte er sich aber deutlich für Polens Verbindung zum Meer ausgesprochen, das Wie aber bewusst offen gelassen. Die Hintergründe dafür beleuchtet die Interpretation der 14 Punkte durch den außenpolitischen Hauptberater Wilsons, Edward (Colonel) House. In dem mit Hilfe von Cobb und Lippmann erarbeiteten Papier heißt es: „The chief problem is whether Poland is to obtain territory west of the Vistula, which would cut off the Germans of East Prussia from the empire, or whether Danzig can be made a free port and the Vistula internationalised.“ Damit wandte sich die US Führung intern klar gegen eine staatsrechtliche Trennung Danzigs von Deutschland. Im Osten sollte Polen nach Meinung der Washingtoner Administration keine

der britischen Ziele und lobte den Premier für die Klarstellung, dass die Verbündeten nicht danach trachteten, Deutschland territorial zu zerstückeln. - New York Times v. 07.01.1918. Taft forderte alle Amerikaner auf, sich zur Sicherung des Sieges uneingeschränkt hinter den Präsidenten zu stellen und alle Kraft für die Erreichung dieses großen Zieles einzusetzen. Bis dahin sei jede Kritik an der Regierung unangebracht und taktlos. Die klare Mehrheit der großen Gruppe der Deutsch-Amerikaner sei loyal. Manch einer ließ sich aber durch Sympathien für das alte Vaterland in die Irre führen. Pro-Germanism müsse konsequent bekämpft werden.

⁵² Die Rede vom 08.01.1918 kann im Internet unter wwi.lib.byu.edu aufgerufen werden.

⁵³ Paderewski zeigte sich irritiert, dass Wilson statt des Wortes *must* im Entwurf das Wort *should* benutzte und ausdrücklich historische Kriterien als Basis von Grenzziehungen ablehnte. – Ruth Henig, *Versailles and After 1919–1933*, London und New York 1995, S. 76; Lawrence Gelfand, *The Inquiry: American Preparations for Peace*, New Haven 1963, S. X, 146-148. Andererseits hatte der Präsident die ursprünglichen Empfehlungen der „Inquiry“ – einer Expertengruppe zur Vorbereitung des US Friedensprogramms – als nicht mehr zeitgemäß zurückgewiesen. Diese sahen als bestmögliche Lösung der polnischen Frage den Einschluss Polens in ein föderales und demokratisches Russland vor. – Mieczyslaw Biskupski, *Re-creating Central Europe: The United States „Inquiry“ into the future of Poland in 1918*, in: *The International History Review*, Vol. 12, 1990, S. 525-523.

Gebiete mit litauischer oder ukrainischer Mehrheit bekommen.⁵⁴ „Falls“ Posen und Oberschlesien an Polen fallen sollten, müsste für die dortige deutsche und jüdische Minderheit ein strenger (rigid) Minderheitenschutz garantiert werden, „as well as in other parts of the Polish state.“⁵⁵ Kurzum, bei der Erreichung ihrer Ziele konnten die Vertreter Polens weniger auf anglo-amerikanische Unterstützung, denn auf französisches Wohlwollen⁵⁶ rechnen. Allerdings, konkrete Entscheidungen waren noch nicht gefallen. Sie blieben der Friedenskonferenz vorbehalten. Zahlreiche Faktoren, deren Gewicht nur bedingt abschbar war, würden dann ihre Rolle spielen. Dazu gehörte die brisante und schwer kalkulierbare Frage, mit welchem Russland man es zu tun haben würde, bzw. wie sich die Kräfteverhältnisse im zusammengebrochenen Reich der Romanows entwickelten, oder zu entwickeln schienen. Die damit verknüpften Unwägbarkeiten trieben besonders Franzosen um, weil Russland bislang den östlichen Grundpfeiler des Pariser Sicherheitssystems gebildet hatte. Der als wahrscheinlicher erscheinende Sieg der Bolschewiki würde die rechte Zangenseite wohl zu Bruch bringen. Vor diese höchst unangenehme Aussicht gestellt, suchte die primär in Kriterien der Balance of Power denkende französische Diplomatie hektisch nach einem Ersatz. Hauptglied der favorisierten Kette aus östlichen Verbündeten konnte bloß Polen sein. Aber solange noch Hoffnung auf einen Sieg der Weißen im russischen Machtkampf bestand, sah sich Frankreich vor ein Dilemma gestellt. Alle Fraktionen der Weißen einte die Losung „ein Russland groß und ungeteilt.“⁵⁷ Zu diesem Grundziel im massiven Widerspruch standen die Aspirationen der Polen, die weder Teil Russlands bleiben noch auf alle einstmals zum eigenen Staat gehörende Gebiete verzichten wollten, die außerhalb Russisch (Kongress) Polens lagen.

Schon relativ früh wurde den Eingeweihten zunehmend deutlich, dass die Westmächte zwar im grundsätzlichen Ziel einer stabilen Nachkriegsordnung übereinstimmten, es über das Wie aber unterschiedliche Auffassungen gab. Den Öffentlichkeiten der Länder wurde dieser Umstand allerdings nur langsam bewusst, da die Großmächte während des noch längst nicht entschiedenen Krieges das Gemeinsame in den Vordergrund rückten. So berichtete beispielsweise die New York Times vom 07. Juni 1918 über eine Erklärung der Regierungschefs von Großbritannien,

⁵⁴ Angesichts der Siedlungsgegebenheiten, Stadt-Land-Unterschieden und dem Vorhandensein unterschiedlich großer Siedlungsinseln war das von Anfang an eine extrem komplizierte Aufgabe.

⁵⁵ Das House Papier findet sich im Internet unter www.mtholyoke.edu.

⁵⁶ Immer noch unverzichtbar für die französische Außenpolitik gegenüber Polen und dem Ostseeraum Piotr Wandycz, *France and Her Eastern Allies 1919–1925*, Minneapolis 1962; als nützliche Basis für die Außenpolitik Polens Anna M. Cienciala und Titus Komarnicki, *From Versailles to Locarno*, Lawrence/Kansas 1984.

⁵⁷ Keith Neilson, „*That elusive entity British Policy in Russia*“: *the Impact of Russia in British Foreign Policy at the Paris Peace Conference 1919*, ed. by Michael Dockrill u. John Fisher, London 2001, S. 93.

Frankreich und Italien mit der diese jetzt die „publicly defined policy“ der europäischen Mächte in zwei wichtigen Punkten mit den Zielen Washingtons in Übereinstimmung brachten. Ausdrücklich als eine der Voraussetzungen für eine solide und gerechte Nachkriegsordnung forderte die Entente die Begründung eines freien und einigen Polen mit sicherem Zugang zur See.⁵⁸ Bemerkenswert, dass die Washington Post vom selben Tag die europäischen Mächte besonders für ihr klares Bekenntnis zu Polen lobte.

Stark verallgemeinert, Washington und London setzten in Europa auf einen gemäßigeren Frieden als Frankreich und damit verbunden die schrittweise Einbindung Nachkriegsdeutschlands⁵⁹ in das auf der Friedenskonferenz zu schaffende Staatensystem. Die angestrebte liberal-kapitalistische und demokratische Nachkriegsordnung schien am besten geeignet, Europa politische Stabilität und ökonomischen Fortschritt zu sichern. Auf diese Weise sollte auch dem Bolschewismus bzw. Kommunismus das Wasser abgegraben werden. Frankreich hingegen strebte die Rolle der kontinentalen Führungsmacht an, befürwortete die maximale Schwächung Deutschlands einschließlich großer Gebietsverluste im Westen und Osten. Zur Beherrschung des deutschen wie sowjetrussischen Problems sowie zur Absicherung seiner Führungsrolle bemühte sich Paris trotz mancher interner Bedenken über die praktische Realisierbarkeit intensiv um die Schaffung eines „Cordon sanitaire“, eines mittelosteuropäischen Allianzsystems unter französischer Führung mit Polen als Hauptfaktor. Vor diesem Hintergrund unterstützte Frankreich auch weit reichende polnische Territorialforderungen und akzeptierte für die mittelosteuropäische Region häufig den Primat historischer und strategischer Argumente; jedenfalls dann, wenn es für Frankreich nützlich erschien. Nicht immer wurde Polen wie etwa gegenüber Deutschland und Litauen von Paris unterstützt. Im erbittert ausgetragenen und die bilateralen Beziehungen nachhaltig vergiftenden polnisch-tschechischen Konflikt um Teschen-Schlesien erhielt Prag Rückendeckung aus Paris. Die Idee eines national weitgehend homogenen Staates wurde, wo es zweckmäßig erschien, an die zweite Stelle gerückt. Dem polnischen Nationalkomitee unter Roman Dmowski versicherte Clemenceau, dass Frankreich nach dem Sieg über Deutschland konsequent für ein freies, mächtiges und großes Polen auf der Grundlage der polnischen Territorialvorstellungen und damit der Grenzen der Polnisch-Litauischen Union eintreten werde. Ausdrücklich versicherte Clemenceau volle Unterstützung für Polens Zugang zum Meer mit Danzig.⁶⁰ Zusätzlich zu Danzig strebte die polnische Führung neben Memel auch nach „der unbehinderten Nutzung“ des lettischen Libau.⁶¹ Ein Memorandum des Quai d’Orsay vom

⁵⁸ Aussagen über das Wie und wo wurden allerdings vermieden.

⁵⁹ Deutschland müsste sich aber zuvor grundlegend demokratisieren und auch für den Krieg, der ihm allein angelastet wurde, bestraft werden.

⁶⁰ David Stevenson, *French War Aims against Germany 1914–1919*, Oxford 1982, S. 154.

⁶¹ *British Documents on Foreign Affairs: Reports and Papers from the Foreign Office Confidential*

Dezember 1918 betonte in diesem Zusammenhang auch ein sehr erwünschtes Nebelziel, nämlich, dass eine umfangreiche territoriale Expansion Polens auf deutsche Kosten zur Förderung des von Frankreich zu führenden „cordon sanitaire“ mit Polen als Hauptfaktor⁶² eine verlässliche Garantie für eine deutsch-polnische Dauerfeindschaft darstelle.⁶³ Auf diese Weise blieb Polen auf französisches good will angewiesen und ein späterer Richtungswechsel der polnischen Außenpolitik ziemlich ausgeschlossen. Realpolitische Argumente aus ihrer spezifischen Interessenlage und Situationsbewertung sowie der Wunsch nach möglichst weitgehender Berücksichtigung des Nationalitätenprinzips veranlassten die angelsächsischen Führungen, zurückhaltender und viel skeptischer auf die polnischen Vorstellungen zu reagieren. Ihre Opposition war so stark, dass die französische Führung entgegen ihren vollmundigen Versprechen intern sogar einen Kompromiss in der besonders brisanten Frage des polnischen Seezugangs anvisierte. Sollte sich die Übergabe Danzigs an Polen in Großbritannien und den USA nicht durchsetzen lassen, wollte Frankreich als zweitbeste Lösung auch einer bloßen Internationalisierung Danzigs und der Weichsel zustimmen.⁶⁴ Wie in vielen anderen Fällen handelte es sich um potenzielle Verhandlungsmasse zum Austausch für Entgegenkommen der USA und/oder Englands.

Wie bereits angedeutet, die von Paris teilweise deutlich abweichende bzw. viel reserviertere Position der tonangebenden Politiker in Washington und London gegenüber dem Umfang der polnischen territorialen Vorstellungen hatte nichts Entscheidendes mit Sympathien oder Antipathien zu tun, umso mehr mit nüchtern kalkulierter Interessenpolitik, in deren Fokus die bestmögliche und kostengünstigste Sicherung einer stabilen Nachkriegsordnung im politisch und staatsrechtlich völlig veränderten mittel-osteuropäischen Raum stand. Ihre dafür verantwortlichen Politiker und Experten hatten von Anfang an auch kein rechtes Vertrauen in das von Paris protegierte mittelosteuropäische Allianzsystem aus den Nachfolgestaaten der zusammengebrochenen Oesterreiche.⁶⁵ Trotz aller gegenteiliger Bemühungen

Print, Part II. *From the First to the Second World War*, series A, Vol. 1, University Publications of America 1984, S. 346.

⁶² Trotz Anerkennung der Risiken wollte Frankreich in Mitteleuropa einen um Polen gruppierten Wall gegen deutsche Expansionsabsichten und Schutzschirm zwischen Deutschland und Russland errichten, der auch die angestrebte Vorherrschaft in Europa absichern sollte. Polen sollte so groß werden, dass es bis zu 4 Millionen Soldaten aufbieten könnte. – Erik Goldstein, *Winning the Peace*, Oxford 1991, S. 259; David Stevenson, *France at the Paris Peace Conference: addressing the dilemmas of security*, in: *The Paris Peace Conference 1919*, ed. by Michael Dockrill u. John Fisher, London 2001, S. 93.

⁶³ Piotr Wandycz, *The Polish Question*, in: *The Treaty of Versailles*, ed. by Manfred Boemecke u. a., Cambridge 1998, S. 323.

⁶⁴ Stevenson, S. 108, 154.

⁶⁵ G.H. Bennett, *British Foreign Policy during the Curzon Period, 1919–1924*, London 1995, S. 45 u. ff.

der Westmächte, die geplanten Teilnehmer zeigte keine wirkliche Bereitschaft, sich in ihren vielen territorialen Ansprüche gegeneinander zu mäßigen. Stattdessen schien ein Alptraum wahr zu werden: Die Entstehung zahlreicher neuer und gefährlicher „Elsass-Lothringens“, zwischen den neuen Staaten sowie diesen und Deutschland respektive Russland. Polen selbst befand sich bald im Krieg mit nahezu allen Nachbarn.⁶⁶ Die große Mehrheit in Washington und in London hielt es für nicht möglich, Russland und Deutschland längerfristig als dominierende Faktoren in Mittel- und Osteuropa ausschalten zu können. Gegen beide war dort wohl schon auf mittlere Sicht die wünschenswerte Stabilität nicht möglich. Polen müsste sich daher im europäischen wie im eigenen Interesse auf jene Gebiete beschränken, in denen Polen die klare Mehrheit der Bevölkerung bildeten. Alles andere wäre in den Augen des Wilson-Intimus Walter Lippmann „eine gefährliche Torheit“.⁶⁷ Statt Stabilität würde Instabilität gefördert und zu allem Überfluss würden sich als der für Polen mit Abstand gefährlichsten Variante Russen und Deutsche im gemeinsamen Ziel treffen, die ihnen in der Stunde ihrer Ohnmacht aufgezwungene Nachkriegsordnung wieder zu zerstören. Polen wäre in dieser Konstellation der klar schwächste Part und musste als Land in Dauerspannung zu Russen und Deutschen für den Westen zusätzlich eine potenziell gefährliche Belastung werden.⁶⁸ Wie sensibel man selbst in den geografisch fernen USA auf Indizien eines möglichen sowjetisch-deutschen Zusammenspiels reagierte, mögen zwei Beispiele zeigen. Am 29.12.1918 schrieb der Boston Daily Globe vom Gespenst des Bolschewismus am Friedentisch in Paris und drückte die Befürchtung aus, dass der Verlauf der deutschen Revolution vitalere Bedeutung als die Geschehnisse in Paris haben könnte.⁶⁹

⁶⁶ Bitter und gleichzeitig hilflos schrieb US Außenminister Lansing, dass der Große Krieg im Osten nicht mit Frieden geendet habe, sondern aufgesplittert in viele kleinere Kriege fortduere. – Zit. Nach Alan Sharp, *The Versailles Settlement*, London 1991, S. 131.

⁶⁷ Mieczyslaw Biskupski, *The „Free City of Danzig” and the League of Nations in American Strategic Conception, 1917-1918*, in: *Gdansk-Gdynia-Europa*, hg. v. Marek Andrzejewski, Gdansk 2000, S. 260.

⁶⁸ The National Archives London (TNA), Foreign Office (FO) 608/68 u, 608/59, No. 6351; John Duncan Gregory, *On the Edge of Diplomacy. Rambles and Reflections 1920–1928*, London 1929, S. 174; Kay Lundgren-Nielsen, *The Polish Problem at the Paris Peace Conference of 1919*, Odense 1979, S. 62-64; Laird Kleine-Ahlbrandt, *The Burden of Victory, France, Britain and the Enforcement of the Versailles Peace, 1919–1925*, New York 1995, S. 45.

⁶⁹ Wie nervös auf Anzeichen deutsch-sowjetischer Kooperation reagiert wurde, macht folgendes Beispiel sehr besonders deutlich. Am 15. August übernahmen die Sowjets die Kontrolle über Soldau, dass in Versailles Polen zugesprochen wurde. Die Einnahme Soldaus war strategisch nicht so wichtig, als dass u. a. die New York Times dazu einen Artikel gebracht hätte. Das spezielle Interesse ergab sich allein aus Meldungen, nach denen die deutsche Bevölkerung die einrückenden Sowjets begeistert begrüßt habe, über Soldau wieder die Fahne des Deutschen Reiches wehte und der die Operationen leitende russische General versprochen hätte, dass das Gebiet (des Korridors) nie wieder Polnisch werde und seine Regierung nur die Grenzen von 1914 anerkenne. – New York Times v. 15.08.1920.

Mehrere Memoranden des Foreign Office warnten dringend vor der Übergabe von Territorien an Polen, deren Bewohner das nicht wünschten. Im eigenen Interesse müsse sich Polen in seinen Wünschen mäßigen, um nicht das Entstehen einer ähnlich verhängnisvollen Lage zu begünstigen, wie sie sich im 18. Jahrhundert herausbildete und „zu den polnischen Teilungen führte.“⁷⁰ Im Spätherbst 1918/Winter 1919 herrschte im Britischen Kabinett und im Außenministerium die Überzeugung, dass im Interesse zukünftiger Stabilität und Berechenbarkeit der potenziell labilen ostmitteleuropäischen Mächteverhältnisse weder ein Korridor durch deutsches Gebiet noch eine Übergabe Danzigs an Polen angeraten wäre. Im eigenen und im europäischen Interesse müsse sich Polen mit einem Freihafen in Danzig und garantierter Schifffahrtsrechte auf der Weichsel begnügen. Lord Cecil gab die herrschende Auffassung wieder, wenn er einen Korridor durch Deutschland und die Abtretung Danzigs vehement ablehnte. Im Ergebnis würde nur eine „schwärende, niemals heilende Wunde aufgerissen.“ Polen sollte so klug sein, seine Wiedergeburt bei aller verständlichen Euphorie nicht mit einem unausrottbaren Zwist um Danzig mit dem potenziell so viel stärkeren Nachbarn zu verknüpfen.⁷¹ Aus Sicht der britischen Führung sollten territoriale Veränderungen an der Ostseeküste möglichst unterbleiben. Im Grunde bevorzugte London eine ähnliche Lösung wie der zur Sicherung des freien Seehandels der Tschechoslowakei. Prag bekam spezielle Hafenrechte in Stettin und Hamburg.

Zur Verärgerung der Siegermächte kehrte sich die Warschauer Regierung nicht um ihre Ratschläge und Warnungen vor einseitigen Aktionen zur Schaffung von Tatsachen, bevor die allein entscheidungsbefugte Friedenskonferenz überhaupt zusammentrat.⁷² Ein Memorandum vom 12. Januar 1919 fasste die britische Position zusammen. Erneut bekräftigte es die dringende Notwendigkeit polnischen Verzichts auf mehrheitlich von Deutschen, Litauern, Weißrussen und Ukrainern besiedelte Gebiete gegen deren Willen. Wenn Polen in der Folge seines territorialen Ausgreifens mit Deutschland und Russland aneinander geriete, „wäre eine neue Teilung das unvermeidliche Ergebnis.“⁷³ Auch die Washingtoner Administration hielt an der Formel Wilsons zum polnischen Staatsterritorium fest. Allerdings gab es in der Danzig- und Korridorfrage weniger Konsequenz in der Lageeinschätzung als in der britischen Regierung. Außenminister Robert Lansing hielt das Gewicht strategischer und wirtschaftlicher Argumente für eine polnische Ostseeküste mit Danzig für hinreichend, um auch diese Lösungsvariante – trotz der auch ihm bekannten Risiken – ernsthaft in Erwägung zu ziehen. Der Präsident

⁷⁰ Memorandum v. 09.12.1918. – Zit. nach H. Nelson, *Land and Power, British and Allied Policy on Germany's Frontiers 1916–1919*, London u. Toronto 1963, S. 98.

⁷¹ Zu Lloyd George's Auffassung Anthony Lentin, *Lloyd George and the lost Peace. From Versailles to Hitler*, Basingstoke and New York 2001, S. 6-10; TNA, FO 608/68.

⁷² TNA, FO 608/62; 608/68; 608/153.

⁷³ TNA, FO 608/63; 608/59.

blieb hingegen auch in Gesprächen mit Dmowski bei seiner Auffassung, dass der versprochene polnische Seezugang durch Freihafenrechte in Danzig gesichert werden sollte.⁷⁴ Um offenkundig noch bestehende Unsicherheiten über seine Position auszuräumen, erklärte Wilson am 18.12.1918 Mitgliedern der amerikanischen Friedensdelegation drei Grundsätze. Polen sollte an Polen gehen, Ostpreußen nicht durch einen Korridor vom übrigen Deutschland getrennt werden und der polnische Zugang zur Ostsee „lediglich“ durch die „Umwandlung Danzigs in einen Freihafen“ und garantierte Nutzungsrechte der Bahn- und Flussverbindungen geschaffen werden.⁷⁵ Die eben kurz skizzierten Entwicklungen in den Machtzentralen der Westmächte blieben der polnischen Diplomatie nicht gänzlich verborgen. Irritieren musste die Reaktion aus dem Foreign Office auf polnische Wünsche nach Unterstützungszusagen für ihre Danzig Vorstellungen. Von dort hieß es nur, dass die Regierung Ihrer Majestät der Problematik ernsthafte Aufmerksamkeit widme.⁷⁶

Auch wenn sich in Washington, London und Paris Präferenzen in der Danzigfrage herausgeschält hatten, die Entscheidung blieb den bevorstehenden Verhandlungen in Paris vorbehalten. Dafür konnten die Auffassungen in den Parlamenten und der jeweiligen Öffentlichkeit eine Schlüsselrolle einnehmen, ganz besonders jene in den USA. Diesem Faktum waren sich die Protagonisten wohl bewusst.

Nach den Erklärungen von Lloyd George und Wilson im Januar 1918 war klar, dass die Verbündeten, einen Sieg über die Mittelmächte vorausgesetzt, ein freies Polen wiederherstellen würden. Vor diesem Hintergrund konzentrierten sich die Vertreter Polens nun verstärkt auf die Begründung und Durchsetzung ihrer Territorialvorstellungen, wobei der Sicherung eines breiten Seezuganges mit Danzig eine hervorgehobene Rolle zugemessen wurde. Angesichts der großen Rolle der öffentlichen Meinung für die Politik demokratischer Länder konzentrierten sie sich nicht nur auf politische Vertreter, sondern mit hoher Intensität auch auf die Zeitungen, die ihnen und den für sie relevanten Themen jetzt auch deutlich verstärkte Aufmerksamkeit widmeten. Dabei war es wichtig, dass alle Polen mit einer Stimme sprachen, was zunächst noch nicht hinreichend der Fall schien. So berichtete die *New York Times* am 07. Januar 1918 unter der Überschrift „Warns Pro-German Poles“, dass die Teilnehmer des gestrigen Treffens der „American Loyalty League of Polish Descendants“ die pro-deutsche Position „bestimmter“ polnischer Zeitungen scharf angegriffen und vor der Fortsetzung dieses Kurses

⁷⁴ Lundgren-Nielsen, S. 79 ff.; Biskupski, *Re-creating*, S. 250-60; Robert Lansing, *The Peace Negotiations*, New York 1921, S. 192-94; Wie andere westliche Befürworter eines polnischen Danzigs schloss auch Lansing die Freistaat Variante als akzeptable Möglichkeit nicht aus. – Robert Lansing, *Memoirs*, New York 1935, S. 254.

⁷⁵ *The Papers of Woodrow Wilson (WWP)*, Bd. 53, hg. v. Arthur Link u. a., Princeton 1986, S. 351.

⁷⁶ TNA, FO 608/59, No. 1581.

gewarnt hätten. Diese Kritik erstaunt insofern, als alle pro-deutschen Äußerungen in den Vereinigten Staaten heftig bekämpft wurden.⁷⁷ Schließlich waren sich alle relevanten polnischen politischen Gruppierungen auch außerhalb der USA trotz vielfältiger Konflikte untereinander zumindest in der Forderung einig, dass der angestrebte starke und territorial ausgedehnte polnische Staat auf der Basis der Grenzen von 1772⁷⁸ einen sicheren und weiten Zugang zur Ostsee mit Danzig als Haupthafen haben müsse. Die Wünsche der ansässigen Bewohner waren diesem Ziel unterzuordnen.

Die obwaltenden Umstände begünstigten die polnische Argumentation und führten zu einem gesteigerten Interesse an polnischen Fragen. Der Krieg an allen Fronten tobte mit großer Härte weiter. Erst im Sommer 1918 deutete sich sein Ende an. Auch die Zahl amerikanischer Verluste stieg stark, mit allen damit verbundenen Konsequenzen für die Stimmung im Land. Der Diktatfrieden von Brest-Litowsk stieß bei den Alliierten nicht nur auf scharfe Ablehnung. Er untergrub auch massiv das Vertrauen in die Glaubwürdigkeit der deutschen Führung.⁷⁹ Eine deutlich geringere Bedeutung für die auch von Emotionen bestimmte Meinungsbildung im Westen kam dem Umstand zu, dass weiterhin Hunderttausende Polen in den Armeen der Mittelmächte gegen die Streitkräfte der Verbündeten im Kampf standen. Negativen Eindrücken versuchte die polnische Seite entgegenzuwirken.⁸⁰ Verwiesen wurde auf Meldungen über schwere Unruhen in Österreichisch- und Preußisch Polen und die unübersehbare Bereitschaft aller Polen, den Kampf gegen die Mittelmächte mit aller Entschlossenheit bis zum Sieg zu führen.⁸¹ Insgesamt

⁷⁷ Dazu finden sich auch in den großen Zeitungen zahlreiche Belege. Die New York Times vom 13.02.1918 berichtete z. B., dass Theodore Roosevelt nicht nur die noch immer weit verbreite isolationistische Haltung im Land kritisierte, sondern auch geäußert hatte, dass alle die pro-deutschen waren, gleichzeitig anti-amerikanisch seien. Ausführlich informierte sie am 15.04.1918 über die Angelegenheit Emil Hirsch vom Sinai Tempel, der in anonymen Briefen einer pro-deutschen und damit anti-amerikanischer Haltung bezichtigt worden war. Dieser habe seine Predigt am 14. April auch zur Verteidigung genutzt. Wie alle Juden der USA unterstütze er die Kriegsanstrengungen seines Landes mit aller Kraft. Er warnte aber vor Hass auf den Gegner, der nur dessen Widerstandsbereitschaft stärke. Auch stünde dieses im Widerspruch zu den Idealen der Libertät. Auch der besiegte Feind verdiene Barmherzigkeit. Nach der mit großem Applaus aufgenommenen Rede sprach Gemeindevorsteher Greenbaum Hirsch das volle Vertrauen aus.

⁷⁸ Im Westen auch darüber hinaus.

⁷⁹ Siehe dazu z. B. den Boston Daily Globe und die Chicago Daily Tribune vom 31.03.1918. Erwähnt wurden aber auch kritische Stimmen zum Vertrag aus den Reihen der Fortschrittspartei und der SPD. – New York Times v. 20.03.1918. Zur Bedeutung fehlenden Vertrauens in die deutsche Reichsleitung auch New York Times v. 14.10.1918.

⁸⁰ Siehe dazu u. a. Dmowskis Argumentation gegenüber Außenminister Lansing am 12.09.1918. – New York Times v. 13.09.1918.

⁸¹ Die New York Times druckte am 20.03.1918 ein Telegramm des französischen Außenministers Pichon an Paderewski über die Lage in Polen.

konzentrierte sich das gewachsene Interesse an ostmitteleuropäischen Fragen besonders auf die Ostküste und das Gebiet an den Großen Seen.

Die wichtigste Rolle bei der Gewinnung der USA für die Interessen Polens kam ohne Zweifel dem berühmten und vielen Amerikanern bekannten Pianisten Ignacy Paderewski zu. Nicht so einflussreich war Roman Dmowski, auch weil er als führende Kraft der nationalistischen und antisemitischen Kräfte galt⁸² und deshalb kritischer gesehen wurde. Nicht wenige Pressebeiträge veranlasste bzw. inspirierte James White, Direktor der Polish Associated Press. Unterstützt wurden die Bemühungen der polnischen Politiker auf Großdemonstrationen von bis zu 20.000 Teilnehmern in den Hochburgen der Polonia.⁸³ Auf diesen versicherten die Teilnehmer stets ihre uneingeschränkte Loyalität mit den Westmächten und verlangten einhellig ein großes Polen unter Einschluss von Danzig und Westpreußen. Verwiesen wurde auf das bittere und nach dem Desaster der Teilungsmächte wieder gut zu machende Unrecht, das diese an Polen begangen hatten. Redner betonten unter großem Beifall der Zuhörer den Überlebenswillen und die Überlebenskraft der polnischen Nation in der Zeit nationaler Unterdrückung. Dieser Grundlinie folgten auch die Willensbekundungen und Argumentationsschwerpunkte polnischer Vertreter, deren Äußerungen Eingang in die großen Zeitungen fanden. Einhellig und stets mit besonderem Nachdruck strichen sie heraus, dass die von den Alliierten angestrebte stabile Nachkriegsordnung ein starkes, von Deutschland und Russland völlig unabhängiges Polen,⁸⁴ zwingend erfordere. Die Aufgabe eines unbezwingbaren Bollwerks zwischen Deutschen und Russen könnte Polen aber nur erfüllen, wenn es über einen uneingeschränkten und sicheren Zugang zur Ostsee verfüge. Paderewski forderte in diesem Zusammenhang Danzig und das Küstenland bis Stolp.⁸⁵ Betont wurde stets, dass Polen nur mit Danzig und der vollen Kontrolle über die Weichsel prosperieren könne. Unter der Voraussetzung der Einbeziehung von Oberschlesien, Posen und Westpreußen mit Danzig stünde der polnische Staat nach Auffassung von Dmowski und anderen vor einer glänzenden Zukunft.⁸⁶ Überhaupt konzentrierte sich die polnische Propaganda in Territorialfragen auf Regionen, die noch innerhalb des deutschen Reichsgebietes lagen. Eher allgemeiner gehalten und weniger intensiv beworben wurde vorerst die Forderung nach einer Ostgrenze auf der Grundlage des polnischen Gebietes von 1772.⁸⁷

⁸² Diese Bewertung Dmowskis hat sich bis in die Gegenwart nicht verändert. – New York Times v. 12.07.1988.

⁸³ Z. B. Chicago Daily Tribune v. 04.03. u. 06.06.1918.

⁸⁴ Als Kern eines unbezwingbaren Bollwerks. – New York Times v. 20.07.1918, Los Angeles Times und Atlanta Constitution v. 05.01.1919.

⁸⁵ New York Times v. 29.12.1918.

⁸⁶ New York Times v. 17.11.1918.

⁸⁷ Dmowski zu Lansing am 12.09.1918. – New York Times v. 13.09.1918.

Anders als im Osten, wo historische und strategische Argumente in den Vordergrund rückten, agierte die polnische Seite zur Begründung ihrer Forderungen im Westen und Norden zusätzlich intensiv mit eigenen Zahlen über die dortigen Bevölkerungsverhältnisse.⁸⁸ Damit sollte das Gewicht der von den Regierungen und den amerikanischen und britischen Eliten benutzten amtlichen Statistiken geschwächt und möglichst umgekehrt werden. Bis auf Danzig⁸⁹ gab es demnach in Posen, Westpreußen, Oberschlesien sowie in Ermland und Masuren klare polnische Mehrheiten. Das von Wilson propagierte Recht auf Selbstbestimmung aller Völker wie seine Forderung nach einem Staat, der nur die Gebiete mit unbestreitbar polnischer Bevölkerung umfassen durfte, wurde von der polnischen Propaganda in den USA auch nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Zur Abwehr deutscher Argumente und Stärkung der eigenen wurde mit diesen Zahlen bzw. Wertungen operiert. Wenn z. B. in Posen stationierte Soldaten und öffentliche Bedienstete abgezogen würden und in Rechnung gestellt würde, dass viele dortige Polen sich zur Verhinderung ökonomischer und anderer Nachteile als Deutsche ausgegeben hätten, vermindere sich die Anzahl der Posener Deutschen auf ein kleines Minimum. In Oberschlesien machten die Polen nach polnischen Angaben 80 bis 90% der Bevölkerung aus. In den meisten Gebieten Westpreußens lag ihr Anteil demnach bei 50 bis 75% und in Masuren über 50%. Damit sei erwiesen, dass Posen, Westpreußen, Oberschlesien und Südostpreußen „unbestreitbar polnisch“ wären und ihre Eingliederung in den polnischen Staat nicht gegen die Bedingungen von Wilson und Lloyd George verstieß. Wieder fehlte nicht der Verweis, dass Danzig⁹⁰ für Polen aus ökonomischen und strategischen Gründen unverzichtbar sei.⁹¹ Für Paderewski stand die alliierte Politik hierbei vor einer Nagelprobe. (acid test“)⁹²

Welchen Widerhall fanden die polnischen Argumente in den großen Zeitungen, bzw. wie entwickelte sich die Meinungsbildung in jenen Blättern mit ihrem großen Einfluss gerade auf die amerikanischen Eliten?

Allgemein kann festgestellt werden, dass die polnischen Argumente zunehmend Gehör und wachsende Zustimmung fanden. Zumindest gilt dieser Befund für die zukünftigen deutsch-polnischen Grenzen. Gleichzeitig wurde in den ausgewerteten Zeitungen Wilsons Betonung des Selbstbestimmungsrechts aller Völker nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Allerdings wuchs mit wachsender Kenntnis über die Realität im östlichen Europa das Bewusstsein über die Kompliziertheit

⁸⁸ Siehe speziell den Beitrag „German Poland“ in der New York Times v. 02.11.1918.

⁸⁹ Die polnische Propaganda operierte mit einem weitaus höheren polnischen Bevölkerungsanteil als die deutsche.

⁹⁰ Zur Zusammensetzung der Bevölkerung Danzigs wurden keine Angaben gemacht.

⁹¹ So auch Dmowski zu Außenminister Lansing, der ihm gegenüber die unveränderte Gültigkeit der Wilsonformel zu Polen bekräftigt hatte. – New York Times v. 10.11.1918.

⁹² Washington Post v. 15.10.1918.

gerechter Grenzziehungen primär auf der Grundlage der nationalen Zusammensetzung der Bewohner. Die Ahnungen und Sorgen nahmen zu, dass hier potenzielle Konfliktherde bestanden, aus denen blutige Kriege entstehen konnten. Umfangreiche und garantierte Minderheitenschutz- bzw. Autonomierechte schienen am besten geeignet, solchen Entwicklungen vorzubeugen. Ausdrücklich müssten sie auch für Deutsche und Ungarn gelten.⁹³ Allerdings dominierte bis in den Herbst 1918 klar die Hoffnung, dass das überragende gemeinsame Interesse an stabilen Nachkriegsverhältnissen auch im schwierigen und konflikträchtigen Osten zu schieflich-friedlichen Kompromissen zwischen den potenziellen Nachfolgestaaten führen werde, zumal die Regelung territorialer Fragen allein in die Kompetenz der großen Siegermächte fiel. Als Teil ihres Programms, „to make world safe for democracy“, förderte die US Regierung schon während des Krieges Verständigung und Kooperation zwischen den Repräsentanten der wohl⁹⁴ aus der Konkursmasse der drei Kaiserreiche entstehender Staaten. Gleichzeitig hielt sich Washington in konkreten Grenzfragen bewusst zurück, um nicht die Büchse der Pandora zu öffnen, bevor die siegreichen Großmächte untereinander Entscheidungen abgesprochen hätten.

Zumindest in der öffentlichen Wahrnehmung stiegen die Chancen amerikanischer Unterstützung für einen breiten polnischen Meereszugang mit Danzig, ohne dass darüber wirklich Klarheit herrschte. Offensichtlich an Gewicht gewinnende ökonomische und strategische Argumente für ein polnisches Danzig sowie Wünsche nach einer harten Bestrafung Deutschlands schienen die Durchsetzung polnischer Forderungen inzwischen stärker zu begünstigen. Die Presse druckte Karten, die einen polnischen Landkorridor zur Ostsee ohne Danzig zeigten⁹⁵ und solche, die Danzig an Polen gaben.⁹⁶ Während sich führende Politiker der Demokraten mit konkreten Aussagen in den besonders heiklen Grenzfragen äußerst zurückhielten und allgemein einen Frieden für unklug hielten, der auf lange Zeit zur Verelendung und möglicherweise Bolschewisierung Deutschlands führen würde, verlangten viele Republikaner eine sehr harte Behandlung des Kriegsgegners, auch in den deutsch-polnischen Grenzfragen, als bester Garantie für eine gerechte und stabile Nachkriegsordnung. In diesem Zusammenhang informierte die *New York Times* am 26.08.1918 über eine Rede von Henry Cabot Lodge.⁹⁷ Da der Führer der Republikaner im Senat zuvor seine Kollegen konsultiert hatte, galten die Ausführungen als Wiedergabe der Auffassung der republikanischen Senatsmitglieder, mit

⁹³ Z. B. *New York Times* v. 29.08.1918 u. *Boston Daily Globe* v. 02.01.1919.

⁹⁴ Ausführlich dazu die *New York Times* v. 29.09.1918.

⁹⁵ *New York Times* v. 29.09.1918.

⁹⁶ *New York Times* v. 20.10.1918.

⁹⁷ Senator für Massachusetts und Chairman des Foreign Relation's Committee des Senats. Er galt als erfahrener und kenntnisreicher Experte für Fragen der Außenpolitik.

Ausnahme einiger Pazifisten „and well-wishers to Germany.“⁹⁸ Nicht zum ersten und nicht zum letzten Mal forderte Cabot Lodge einen konsequenten Diktatfrieden mit dem Deutschen Reich.⁹⁹ Deutschland habe in dessen Rahmen auf alle „polnischen Gebiete“¹⁰⁰ zu verzichten, also de facto auch auf Gebiete wie Bromberg in der Provinz Posen, wo auf „jeden Polen fünf Hunnen“ kamen.¹⁰¹ Cabot Lodge und die Mehrheit der republikanischen Kongressmitglieder unterstützte im obigen Zusammenhang die bedingungslose Übergabe Danzigs an Polen. Die Grundlagen deutscher Vorherrschaft in der Ostsee müssten beseitigt und Polen vor deutschen Pressionsmöglichkeiten geschützt werden. Aus diesem Grund müssten Danzig und der „polnische Teil der Ostseeküste“ ohne Einschränkung integraler Bestandteil Polens werden.¹⁰² Im Kern lag die Deutschland- und Polenpolitik der von Cabot Lodge repräsentierten Mehrheit der Republikaner im Kongress sehr nahe bei der französischen. In Großbritannien waren die Auffassungen innerhalb der veröffentlichten Meinung zu diesen Fragen geteilt. Dabei gab es wie überall in den Entente Staaten ein Maß an Ambivalenz. Davon abgesehen, die republikanische Unterstützung vieler polnischer Vorstellungen besaß nur Zeitwert. Es waren in erster Linie die konservativen Republikaner, angeführt auch von Cabot Lodge, die jegliche amerikanische Verpflichtung für die Nachkriegsregelungen ablehnen sollten und die entscheidend dazu beitrugen, dass die USA schließlich dem Völkerbund, dessen Begründung Wilson und seine Anhänger so engagiert betrieben hatten, fernblieben. Nicht ohne Berechtigung schrieb das Atlanta Journal-Constitution am 07.11.1920, dass die Hauptverlierer des amerikanischen Rückzuges vom Völkerbund und aus Europa Frankreich und Polen wären. Immer wieder und bis zur letzten Minute hatte Präsident Wilson die Öffentlichkeit seines Landes und den Kongress beschworen, seine Politik des Völkerbundes¹⁰³ und amerikanischen Engagements in Europa nicht zu verwässern oder gar zu Fall zu bringen. Stets betonte er, dass es ohne aktive Beteiligung der USA keine stabile Nachkriegsordnung auf der Grundlage von Freiheit, Recht, Gerechtigkeit und Selbstbestimmung aller Völker geben werde. Schon die viel zu vielen gegensätzlichen Interessen und Positionen, gerade auch im Osten Europas, machten eine amerikanische Schiedsrichterrolle unverzichtbar. Nach einem Scheitern seiner Politik könnten Deutschland und Sowjetrußland schnell versucht sein, das entstehende Machtvakuum,

⁹⁸ New York Times v. 26.08.1918.

⁹⁹ Cabot Lodge war auch einer der schärfsten Kritiker des 14 Punkte Programms von Wilson, dem er außenpolitische Trautänzerei und fehlenden Realismus vorwarf.

¹⁰⁰ Der New York Times fiel auf, dass er bewusst auf Konkretisierungen verzichtete.

¹⁰¹ Los Angeles Times v. 09.06.1919.

¹⁰² New York Times v. 26.08.1918. u. 23.12.1918. Letzterer Beitrag behandelt demokratische und republikanische Auffassungen im Vorfeld der Friedenskonferenz.

¹⁰³ Nach Informationen der Associated Press stieß das Völkerbundprojekt in Warschau auf nur wenig Sympathie. – New York Times v. 25.02.1919.

speziell gegenüber Polen, zu nutzen. In scharfen Worten beschuldigte Wilson einen wieder aktiv agierenden „pro-Germanism“ in den USA,¹⁰⁴ mit dem Kernziel, sein Völkerbundsprojekt zum Scheitern bringen und eine Milderung der Friedensbedingungen für Deutschland durchsetzen zu wollen. Vor allem deshalb unterstützten diese pro-deutschen Kräfte jetzt die Republikaner.¹⁰⁵ Seinen Landsleuten erklärte der Präsident, dass sie „sich zwischen Völkerbund und Germanismus (Germanism)“ entscheiden müssten.¹⁰⁶ Für die liberale New York Times war die Unterstützung des republikanischen Präsidentschaftskandidaten¹⁰⁷ Warren F. Harding im Wahlkampf sogar Teil eines „deutschen Programms.“¹⁰⁸ Doch nicht nur die Mehrheit der Republikaner lehnte jede Verpflichtung gegenüber Fragen bzw. Festlegungen ab, die ihrer Auffassung nach keine wichtigen nationalen Interessen der USA berührten. Dazu gehörten besonders europäische Grenzziehungen. Auch eine beachtliche Minderheit der Demokraten stemmte sich gegen Verpflichtungen, die ihr Land automatisch in (wahrscheinliche) zukünftige Konflikte hineinziehen würden, ohne dass vitale amerikanische Interessen bedroht wären. Konkret wurden als potenzielle Konfliktherde u. a. genannt: Schlesien, Danzig, Memel, Schleswig, Polen, die Tschechoslowakei und die vielen Grenzstreitigkeiten zwischen den neuen Kleinstaaten.¹⁰⁹ Schon im Sommer 1919 erzwang eine Mehrheit im Senat den Rückzug der USA aus allen Grenzkommissionen. Senator New hatte sich mit seinem Verlangen durchgesetzt, dass sich Washington u. a. nicht an der „Abtretung von Danzig“ beteiligen dürfe.¹¹⁰ Sicher, das waren Ende 1918/Anfang 1919 noch nicht entschiedene Fragen, die allerdings schon zu dieser Zeit tiefe Schatten warfen. Es sei hier nur am Rande erwähnt, dass die Republikaner mit einer Politik ausgeprägten Isolationismus die Präsidentschaftswahlen von 1920 haushoch gewannen. Auf Harding entfielen gut 60% der abgegebenen Stimmen und 404 von 531 Wahlmännern. Gesiegt hatte er auch in den Staaten mit hohem polnischen Bevölkerungsanteil.

Im Spätherbst/Frühwinter 1918 setzten Entwicklungen ein, die der unbedingten Unterstützung der polnischen Forderungen entgegenwirkten und die Sympathien vieler Amerikaner mit den polnischen Anliegen einschränkten oder auch in

¹⁰⁴ New York Times v. 09.09.1919.

¹⁰⁵ New York Times v. 13.09.1919. Zu Wilsons Pro-Völkerbund Argumentation auch seine Rede vor dem Kongress am 10.07.1919. – New York Times v. 11.07.1919.

¹⁰⁶ Ebenda v. 09.09.1919.

¹⁰⁷ Menschen mit deutschen Wurzeln stellten die größte Gruppe in den USA. Sie übertrafen die Zahl der Bürger polnischer Herkunft um ein Mehrfaches.

¹⁰⁸ Ebenda v. 07.09.1920.

¹⁰⁹ Dazu u. a. längere Beiträge in der New York Times v. 20.08.1919, 27.08.1919, 05.09.1919 u. 19.05.1921.

¹¹⁰ Ebenda v. 20. u. 27.08.1919.

eine gegenteilige Richtung driften ließen. Da waren zunächst eskalierende und bald in blutige, oft mit äußerster Brutalität ausgetragene militärische Auseinandersetzungen zwischen den Nachfolgestaaten, wobei es vor allem um Territorien ging. Auch wenn die Protagonisten damit die Grundlagen ihrer nationalen Existenz und Wohlfahrt schon in der Stunde ihrer Begründung aufs Spiel setzten und alle Ratschläge und Warnungen der Großmächte in den Wind schlugen, die Versuchung, das entstandene Machtvakuum für die Durchsetzung eigener nationaler Ziele zu nutzen, war oft stärker als die Ratio nüchterner Lageanalysen. Besonders Polen als stärkster Nachfolgestaat wurde kritisiert. Seinen Politikern wurde Wortbruch und die Hauptverantwortung für den Zerfall der von Washington geförderten „Democratic Mid-European Union“ gegeben. Die US Regierung wie damit befasste Zeitungen konnten darin nur eine weitere Destabilisierung der sowieso zunehmend unübersichtlichen und konflikträchtigen Lage in Mitteleuropa sehen. Dmowski, Paderewski und andere polnische Politiker hätten zwar, so der allgemeine Tenor, grundsätzlich Recht, dass ein kraftvolles Polen in enger Beziehung zu den anderen Nachfolgestaaten das beste Hindernis oder auch Bollwerk gegen Deutschland und Sowjetrußland, gegen eine deutsch-russische Allianz bilden würde. Allerdings verstanden beide Seiten unter einem starken und stabilen Polen etwas ganz anderes. Die polnische Politik wünschte das Entstehen einer Großmacht. Die damit zu verknüpfende Rolle als Hauptpartner des Westens in Osteuropa könne Polen - ihrer intensiven Argumentation nach - aber nur bei weiter territorialer Ausdehnung und umfänglicher Staatsbevölkerung wahrnehmen. Gern zogen polnische Wortführer auch einen Bogen zu jener Zeit, als ihr Land groß und mächtig war. Die allermeisten Experten in den USA und Großbritannien, einschließlich der Fachredakteure, mochten der polnischen Logik nicht folgen. Sie waren sich sicher, dass ein polnischer Vielvölkerstaat, in dem bestenfalls zwei Drittel der Einwohner Polen wären,¹¹¹ unter den Bedingungen des frühen 20. Jahrhunderts weder stark noch stabil sein würde. Die Einbeziehung von ca. 5 Millionen Ukrainern, 3 Millionen Weißrussen, 3 Millionen Litauern, 2 Millionen Deutschen u.a. gegen deren erklärten Willen¹¹² konnte das Fundament des neuen Polen nur schwächen und seine Wiedergeburt mit einer schweren Hypothek belasten.¹¹³ Außen- und sicherheitspolitisch würde die Erzwingung und Behauptung eines großen polnischen Vielvölkerstaates unter den realen Verhältnissen Europas v. a. zur Destabilisierung der ohnehin schon fragilen mitteleuropäischen Nachkriegs-

¹¹¹ Grundlage dafür waren die vorliegenden Kenntnisse polnischer Territorialforderungen und Angaben über die Bevölkerungsverteilung.

¹¹² Besonders die Lobby der Ukrainer und Litauer war in den USA stark und suchte Regierung und Öffentlichkeit im Sinne ihrer Nationalstaatsideen zu beeinflussen.

¹¹³ New York Times v. 02.02.1919. Grundlage der Angaben waren hier die Territorialforderungen Paderewskis. Mit Sorgen betrachtet wurden auch die explosiven Spannungen um Territorien zwischen Polen und Letten bzw. Polen und Tschechen.

verhältnisse beitragen.¹¹⁴ Wiederholt verwiesen führende Zeitungen speziell darauf, dass Polen nicht nur Mahnungen in den Wind schlage, sondern durch sein eigenmächtiges und expansives Vorgehen gerade die zukünftige Position des Landes gegen seinen gefährlichsten Gegner nachhaltig schwäche, nämlich Deutschland.¹¹⁵ Kein Verständnis zeigte das liberale Amerika¹¹⁶ für polnische Bestrebungen, entgegen allen Warnungen der Entente vor den Konsequenzen, Tatsachen vor der Friedenskonferenz zu schaffen, und das selbst in Gebieten, die mit größter Wahrscheinlichkeit sowieso an Polen fallen sollten wie Posen.¹¹⁷ Die Washington Post brachte die Problematik aus US Sicht am 25. November 1918 auf den Punkt. Das Blatt bedauerte und kritisierte gleichzeitig heftig die sich aufheizenden Spannungen und Waffengänge in „Osteuropa“. Bekräftigt wurde zwar die untergeordnete Bedeutung der Region für die Interessen der USA, weshalb die dortigen Auseinandersetzungen keinem Amerikaner den Schlaf raubten. Aber, die dort völlig außer Kontrolle zu geraten drohende Lage mache überdeutlich, was Europa erwarte, falls die Großmächte im Osten „keine auf Gerechtigkeit beruhenden Lösungen“ durchsetzen könnten. Leider sah es dafür nicht optimistisch aus, was auch daran lag, dass keine Kräfte verfügbar schienen, um den Willen der Sieger in dieser für sie fernen und unübersichtlichen Region nötigenfalls mit Soldaten zu erzwingen.

Sich seit dem Frühwinter 1918/19 schnell häufende Berichte über scharfe und offenkundig zentral organisierte Boykotte, anderweitige Unterdrückungsmaßnahmen sowie Misshandlungen und Ermordungen von Juden im polnischen Herrschaftsbereich mussten geradezu zwangsläufig Auswirkungen auf die bisherige Sympathie vieler Amerikaner mit den polnischen Zielen haben. Die Zahl der damit befassten Zeitungsbeiträge und deren Umfang übertraf rasch und bei weitem die Beschäftigung mit der Danzigfrage. Da es sich um ein eigenständiges Thema handelt, müssen hier einige wenige Bemerkungen und Informationen genügen. Um nur einige typische Überschriften zu nennen: „Jews Slaughtered by Hundreds“,¹¹⁸ „Protest Massacres in Poland“,¹¹⁹ „Jews Massacred, Robbed by Pole“,¹²⁰ „Jews

¹¹⁴ New York Times v. 19.11.1918.

¹¹⁵ Dies vor, während und nach Versailles. Ein analytisches Beispiel wäre der Beitrag „Danzig and Silesia“ in der New York Times v. 25.10.1920. Ganz in Einklang u. a. mit Lloyd George bewertete das New Yorker Blatt jedes polnische Ausgreifen über seine ethnografischen Grenzen als destabilisierend und friedensgefährdend. – z. B. Im Beitrag „Threat to Peace in Polish Ambition“ v. 07.03.1920.

¹¹⁶ Ähnlich in England.

¹¹⁷ Nicht gut kam an, dass amtliche polnische Stellen militärische Aktionen in der Provinz Posen auch noch dementierten. – Boston Daily Globe v. 17.11.1918, 02.01, 07.01. u. 09.01.1919.

¹¹⁸ Los Angeles Times v. 30.11.1918.

¹¹⁹ Boston Daily Globe v. 12.12.1918.

¹²⁰ New York Times v. 26.05.1919.

Maltreated, Robbed and Killed“,¹²¹ „Story of Slaughter of Jews in Poland“,¹²² „A Record of Pogroms in Poland“,¹²³ „Pogroms must Stop“¹²⁴ Die Medien berichteten ausführlich über die Vorgänge,¹²⁵ über die Proteste amerikanischer Juden, dringende Appelle ihrer Organisationen an Wilson und die Entente einzuschreiten, große jüdische Protestdemonstrationen, an denen Juden aller politischen Richtungen teilnahmen¹²⁶ wie über die allgemein als schwierig und dringend veränderungsbedürftig eingeschätzte Situation der jüdischen Bevölkerung im polnischen Machtbereich. Scharfe Angriffe richteten sich gegen den Chef der polnischen Nationaldemokraten, Roman Dmowski.¹²⁷ Die polnischen politischen Führer wurden gemahnt, dass sie nicht die Anerkennung der nationalen Rechte der Polen einfordern und gleichzeitig ihren Minderheiten, darunter die Juden, solche verweigern könnten.¹²⁸ Im Unterschied zu Dmowski wurde Paderewski nicht persönlich angegriffen bzw. für die Verfolgungen und Bedrückungen der Juden mit verantwortlich gemacht. Er galt allgemein als moderat, integer und integrativ und verfügte über einen hohen Sympathiebonus bei vielen Amerikanern.

Von amtlicher polnischer Seite in den USA wurden die Berichte über Judenverfolgungen dementiert bzw. stark heruntergespielt und die Situation der Juden in Polen als zufriedenstellend bezeichnet. Paderewski sagte mehrfach zu, den Anschuldigungen nachzugehen.¹²⁹ Polnische Behörden versuchten, unliebsame Vorgänge mit vorhergehenden schweren jüdischen Provokationen wie dem Beschuss polnischer Soldaten zu rechtfertigen,¹³⁰ oder wie im Fall von Pinsk mit Erklärungen, dass die dortigen Massaker nicht von Polen, sondern Sowjets und Ukrainern begangen worden waren.¹³¹ In den USA¹³² beschuldigten polnische

¹²¹ Washington Post v. 26.05.1919.

¹²² Washington Post v. 24. u. 25.06.1919.

¹²³ New York Times v. 01.06.1919.

¹²⁴ Washington Post v. 02.06.1919.

¹²⁵ Zunächst zumeist auf Basis von Informationen jüdischer Organisationen.

¹²⁶ Z. B. New York Times v. 12.12.1918 u. 30.05.1919 (in Milwaukee) oder Boston Daily Globe u. a. am 12.12.1918 u. 29.05.1919 – zwei große Protestmeetings mit zusammen 28.000 Teilnehmern.

¹²⁷ Z. B. New York Times v. 12.12.1918 u. 30.06.1919.

¹²⁸ New York Times v. 12.12.1918.

¹²⁹ U. a. Boston Daily Globe v. 19.12.1918, 29.12.1918 u. 19.06.1919; New York Times v. 30.05.1919.

¹³⁰ Washington Post v. 29.05.1919,

¹³¹ Chicago Daily Tribune v. 29.12.1918.

¹³² Die amerikanische Diplomatie kümmerte sich intensiv um gesicherte Informationen und übte Druck auf Warschau aus, allen Bürgern gleiche Rechte zu garantieren. An die Öffentlichkeit drang die Verärgerung des State Department über offenkundig gezielt gestreute Berichte, dass die USA einseitig die Juden gegen die Polen unterstützten. – Washington Post v. 11.07.1919.

Vertreter deutsche Juden, für die Berichte über Judenverfolgungen in Polen verantwortlich zu sein. Diese wollten damit die amerikanischen Juden und die US Öffentlichkeit gegen Polen aufbringen,¹³³ um die Position der polnischen Führung bei der Durchsetzung ihrer territorialen Forderungen gegenüber Deutschland schwächen.¹³⁴ Aber nicht nur die Presse befasste sich teilweise täglich mit den eingehenden Meldungen über antijüdische Vorgänge in Polen. Das darüber tief besorgte State Department wies die amerikanische Gesandtschaft in Warschau an, „to give the Jewish question preference over all other work.“¹³⁵ In polnischen Zeitungen nahm die Kritik an den Juden zu, weil diese nach Auffassung der Verfasser bei den Großmächten gegen die Interessen Polens wirkten. Dmowski sprach für alle, die in Lloyd George „das Werkzeug finsterner kapitalistischer Kräfte“ sahen, die kein starkes Polen wollten. Für den Chef der polnischen Nationaldemokraten war der britische Premier „der Agent der Juden.“¹³⁶

Die großen Entscheidungen über völkerrechtsgültige neue Grenzen sollten auf der Pariser Friedenskonferenz fallen. Deshalb intensivierten alle interessierten Seiten in deren unmittelbarem Vorfeld und während der laufenden Verhandlungen noch einmal ihre Anstrengungen, um die Siegermächte in ihrem Sinn zu beeinflussen, wobei den USA eine Schlüsselrolle beigemessen wurde.

Dabei war das deutsch-polnische Problem und mit ihm das Schicksal von Danzig und der Weichselmündung nur eines von schon fast unüberschaubar vielen. Im Grunde genommen, und das bestätigen die britischen wie US amerikanischen diplomatischen Akten wie die ausgewerteten Zeitungen, die vielen, sich oft genug schier unentwirrbar verhakenden Forderungen über das wie und wodurch der auf der Tagesordnung stehenden Neuordnung Ostmitteleuropas genossen keine besonders hohe Priorität und stießen insgesamt gesehen auf kein gesteigertes öffentliches Interesse. Was die verantwortlichen Politiker und deren Berater umtrieb und sich auch in der Qualitätspresse widerspiegelte, das war das Ziel¹³⁷ der Schaffung möglichst stabiler Verhältnisse in einer Region, wo sich traditionell vitale deutsche und russische Interessen trafen. Im Grunde bestand das einzige

¹³³ New York Times v. 30.05.1919, Washington Post v. 24.08.1919.

¹³⁴ Die New York Times vom 10.04.1919 verwies auf Auffassungen der britische Beaverbrook Presse, nach der die Behandlung der polnischen Frage durch die Meldungen über systematische Judenverfolgungen in Polen verkompliziert werde.

¹³⁵ Bericht des gleichfalls engagierten britischen Gesandten Esme Howard. – TNA, FO 608/39. Fragen der Situation der polnischen Juden nehmen einen umfangreichen Platz in den Dokumenten des Foreign Office wie des State Department ein.

¹³⁶ Für Pressebeispiele siehe Der Polenspiegel: Übersetzungen aus der polnischen Presse, hg. v. Deutschen Volksrat zu Danzig, Danzig 1919; Margaret Macmillan, *Peacemakers: the Paris Peace Conference of 1919 and its attempt to end war*, London 2001, S. 227.

¹³⁷ Über das Wie gab es unterschiedlich Vorstellungen, verkürzt gesagt besonders zwischen London und Washington auf der einen und Paris auf der anderen Seite.

wirklich vitale westliche Interesse darin, einen latenten Spannungszustand zu verhindern, aus dem in einer bestimmten Konstellation der Funke für einen neuen Krieg schlagen könnte, der aller Voraussicht nach auf Westeuropa übergreifen musste. Deshalb sollten Lösungen gesucht und durchgesetzt werden, die von allen Seiten als gerecht bzw. als akzeptierbarer Kompromiss bewertet wurden. Aber je mehr Informationen über die dortigen Interessenslagen und Entwicklungen eingingen, umso stärker vermittelten die großen US Blätter ihren Lesern das Bild einer wahren Herkulesaufgabe. Hinzu kamen beunruhigende Meldungen über mächtige Gegensätze zwischen Emotionen und Ratio wie Beratungsresistenz bei den Spielern vor Ort. Ungeachtet dessen, die damit verknüpften Auseinandersetzungen zwischen direkten Interessenten, diesen und den Großmächten sowie innerhalb der großen Drei machten zwar auch Schlagzeilen, die Agenda der Zeitungen, des öffentlichen Interesses bestimmten sie nicht. Immerhin, nicht unbedeutende Blätter wie die Los Angeles Times, der Hartford Courant oder das Atlanta Journal brachten erstmals überhaupt einige Artikel über die Auseinandersetzungen um das Weichseldelta mit Danzig. Dabei informierten sie ohne selbst viel zu bewerten.

Da die in der Danzigfrage aktiv engagierten Mächte im unmittelbaren Vorfeld der Versailler Konferenz und während der Verhandlungen im wesentlichen ihre bereits vorgestellten Argumente wiederholten, kann ich mich aus Zeitgründen hier relativ kurz fassen. Bei der in Amerika reflektierten polnischen Propaganda fällt auf, dass stärker als 1918 die Bedeutung eines großen polnischen Staates als Sicherheitswall nicht nur gegen Deutschland, sondern auch gegen aus Russland drohende Gefahren betont wurde.

Kurzum, der aufmerksame Zeitungsleser wusste bis zur Eröffnung der Friedenskonferenz, dass die Danzigfrage noch offen war. Über den Trend der Entscheidungsfindung schienen angesichts der Informationspolitik der Großmächte und kursierender Gerüchte nur ambivalente Bewertungen möglich.¹³⁸ Der Boston Daily Globe informierte z. B. am 02. 01.1919 dass man im polnischen Lager über mangelnde alliierte Unterstützung besorgt sei. Die New York Times vom selben Tag schrieb hingegen, dass sich die Anzeichen für eine Übergabe Danzigs an Polen weiter verdichteten. Allerdings läge auch noch ein Vorschlag auf dem Tisch, der ohne Veränderung des territorialen Status quo lediglich Freihafenrechte Polens in Danzig vorsehe. Ähnlich beurteilte das Blatt den Stand der Behandlung der Danzigfrage am 02. Februar 1919.¹³⁹ Alles in allem, bis Ende März/

¹³⁸ Die Bewertung der großen Zeitungen blieb vorsichtig zurückhaltend. Allerdings gab es bis Ende März/Anfang April eine Tendenz zur Unterstützung der polnischen Danzig-Forderungen.

¹³⁹ Etwa bis Anfang April 1919 kann man in der New York Times eine Tendenz der Annäherung an die polnische Argumentation in der Danzigfrage feststellen. Erstmals in dieser Deutlichkeit unterstützte ein Artikel am 01.04.1919 die Übergabe Danzigs an Polen aus primär strategischen und wirtschaftlichen Gründen. Sogar die polnische Auffassung, nach der die meisten Danziger im Herzen und vom Gefühl Polnisch wären, wurde hier einmal übernommen.

Anfang April 1919 verdichteten sich für die Leser großer Zeitungen die Hinweise für die Übergabe Danzigs an Polen. Leider werden selten konkrete Quellen genannt, so dass die Frage offen bleibt, inwieweit interessierte Seiten bemüht waren, durch gezielte Informationsstreuung den Prozess der Entscheidungsfindung hinter geschlossenen Versailler Türen zu beeinflussen.¹⁴⁰ Jedenfalls blieb das übermittelte Bild in den Konturen unklar. Um einige Beispiele zu geben. Am 13. März schien für den Boston Daily Globe die Entscheidung für Polen gefallen, 11 Tage später galt sie wieder als offen. Oder, die Washington Post meldete am 18. März, dass Danzig an Polen ginge, während die New York Times vom selben Tag unter Bezugnahme auf das gewöhnlich gut unterrichtete Pariser Journal des Débats berichtete, dass Polen ohne Einbeziehung Danzigs einen schmalen Landkorridor durch Pommerellen¹⁴¹ erhalten solle. Sechs Tage danach informierte die Washington Post, die Verbündeten stritten noch über Polens Zugang zur Ostsee und am 31. März stand in der New York Times, dass die verbündeten Großmächte inzwischen dazu neigten, aus Danzig einen neutralen Staat zu machen.

Weder vor, noch während der Pariser Friedenskonferenz konnten Forderungen der Deutschen, die gerade in den Schlagzeilen zumeist immer noch als Hunnen bezeichnet wurden, auf Sympathie in den amerikanischen Massenmedien rechnen. Allerdings und das war neu, Ansichten aus Deutschland fanden inzwischen stärker Eingang in wichtige Zeitungen. Informiert wurde über die Bereitschaft der nach dem Sturz der Monarchie gewählten Regierung, sich in allen Territorialfragen den Entscheidungen der Siegermächte zu unterwerfen, vorausgesetzt diese basierten auf dem von Wilson postuliertem Selbstbestimmungsrecht.¹⁴² Im Klartext hieß dies deutsche Bereitschaft zum Verzicht auf große Teile der Provinz Posen, aber nicht Westpreußens und schon überhaupt nicht Danzigs. Relativ viel Raum wurde besonders auch Äußerungen moderater konservativer Politiker eingeräumt, wie dem ehemaligen deutschen Botschafter in London. Karl Max von Lichnowsky besaß im angelsächsischen Raum einen guten Ruf als gemäßigter und vernünftiger Mann. Inwieweit seine Argumente gegen Gebietsverluste an Polen¹⁴³ Eindruck machten, ist nicht feststellbar, da sie nicht kommentiert wurden.¹⁴⁴ Die Auffassungen Lichnowskys wurden schon am Folgetag – ebenfalls ohne Kommentierung –

¹⁴⁰ Lloyd George machte französische Indiskretionen für das Durchsickern von Interna in die Presse verantwortlich.

¹⁴¹ Ohne die Kaschuben zu nennen wurde informiert, dass hier die Polen überwögen.

¹⁴² Z. B. in der Washington Post v. 23.01.1919 unter der Überschrift „Huns rely on League“.

¹⁴³ Die Mehrheit in Posen und Westpreußen sei deutsch, klare Siedlungsgrenzen gäbe es nicht. Die materiellen Lebenschancen auch der dortigen Polen wären bei weiterer Zugehörigkeit zu Deutschland weit besser, als in einem polnischen Staat. Danzig sei in jeder Hinsicht eine rein deutsche Stadt und wolle das unbedingt bleiben.

¹⁴⁴ Christian Science Monitor v. 09.02.1919, Chicago Daily Tribune v. 09.02.1918, New York Times v. 09.02.1919, Washington Post v. 09.02.1919.

vom Polish Commissioner in den USA Smulski in scharfen Worten zurückgewiesen und als Teil einer neuen deutschen Propagandaoffensive zur Beeinflussung der Amerikaner gegen ein vereinigtes Polen bezeichnet.¹⁴⁵

Als am 18. Januar 1919 im Spiegelsaal von Versailles die Friedenskonferenz zusammentrat, lag eine Fülle von schwierigsten und zum Teil kaum lösbar miteinander verwobenen wie konflikträchtigen Problemen vor den Friedensmachern. Euphorie und ein riesigengroßer Wunschkatalog bestimmten den Tag. Allerdings, nicht wenige Erwartungen der verschiedenen Delegationen schlossen einander in der Wirklichkeit aus. Der Euphorie bei den Siegern und den assoziierten Mächten entsprach umgekehrt die Furcht der Besiegten. Über ihr Schicksal würden allein die siegreichen Großmächte entscheiden. Ein Mitspracherecht war für sie nicht vorgesehen. Von den Sitzungen blieben sie ausgeschlossen.

Die Neuordnung Ostmitteleuropas genoss zwar nicht die höchste Priorität bei den Politikern der Großmächte. Aber sie erwies sich, wie befürchtet, als besonders kompliziert. Das Danzigproblem entwickelte sich im Urteil alliierter Diplomaten gar zur „ärgerlichsten“ – „most vexing“ Territorialfrage der gesamten Pariser Konferenz.¹⁴⁶ Die den Siegermächten vorbehaltene Ziehung der polnischen Grenzen wurde schnell Gegenstand scharfer Spannungen zwischen Franzosen und Briten, wobei letztere zumeist von der amerikanischen Delegation unterstützt wurden. Wie heftig der Streit würde, ließ schon die Auseinandersetzung um den Transport der Haller Armee aus ehemaligen polnischen Kriegsgefangenen und Auslandspolen von Frankreich nach Polen erahnen. Scharf wiesen die angelsächsischen Mächte die Forderung des Verbündeten zurück, die Truppen über Danzig zu verschiffen. London und Washington argwöhnten eine Wiederholung der heftig kritisierten polnischen Vorgehensweise in Posen. Im konkreten Fall fürchteten sie besonders einen Einsatz der Haller Verbände zur Übernahme der Kontrolle in Danzig und Westpreußen, möglicherweise auch in Ostpreußen. Wieder warnten sie Polen vor Versuchen, der Friedenskonferenz vorzugreifen.¹⁴⁷

¹⁴⁵ Die New York Times brachte am 10.02.1919 eine gekürzte Fassung, die deutlich knapper ausfiel als die ebenfalls gekürzte Fassung des Statements von Lichnowsky.

¹⁴⁶ TNA, FO 371/10997, N 2267.

¹⁴⁷ David Lloyd George, *The Truth About the Peace Treaties*, Vol. 1, London 1938, S. 287; Wandycz, *The Polish Question*, S. 324; Papers Relating to the Foreign Relations of the United States 1919. *The Paris Peace Conference (FRUS)*, Vol. III, Washington 1943, S. 670-75; Margaret MacMillan, *The Paris Peace Conference of 1919 and its attempt to end war*, London 2001, S. 224. Nach heftigen internen Auseinandersetzungen setzten sich Washington und London gegen Paris und Warschau durch. Das Foch-Erzberger Protokoll vom April 1919 bestimmte darüber, die Haller Armee per Bahn nach Polen zu verlegen. Die Frage des Transports der Haller Truppen fand auch relativ starke Presseaufmerksamkeit. Allgemein wurde dabei die Verschiffung über Danzig positiver als hinter den Türen von Whitehall und Weißem Haus gesehen, ein polnischer Coup weniger befürchtet.

Schon am 29. Januar 1919 präsentierte der Leiter der polnischen Delegation, Roman Dmowski, dem Obersten Rat die schon weitgehend bekannten Territorialforderungen der Warschauer Regierung.¹⁴⁸ Im Osten sollten die Grenzen von 1772 als Ausgangspunkt von Verhandlungen dienen. Im Norden und Westen wollte Warschau darüber hinausgehen. Ausdrücklich nannte Dmowski hier Posen, Oberschlesien, einen kleineren Teil der preußischen Provinz Pommern, Westpreußen mit Danzig sowie das südliche Ostpreußen. Der Norden Ostpreußens mit Königsberg sollte, vor allem aus strategischen Gründen, ebenfalls von Deutschland abgetrennt werden. Eng verbunden mit Polen, wäre Nordostpreußen schrittweise zu polonisieren. Im Rahmen der angestrebten Union mit Litauen sollte Memel von Deutschland abgetrennt und zum Haupthafen für das erstrebte Ostpolen werden. Dmowski argumentierte am 29. Januar erneut gegen jede Korridorlösung, weil sie zu einem Dauerkonflikt mit Deutschland führe und Polen zu wenig Sicherheit böte. Die Deutschen würden nach Meinung Dmowskis immer bestrebt sein, eine territoriale Verbindung zu einem bei Deutschland bleibenden Ostpreußen wieder herzustellen. Während Frankreich Zustimmung signalisierte, lehnten Briten und Amerikaner die Trennung Nordostpreußens von Deutschland wie die Schaffung eines polnischen Satellitenstaates am Pregel ab. Sie verwiesen darauf, dass die Bevölkerung nördlich der Masurischen Seen ohne Zweifel deutsch sei und zweifelsfrei bei Deutschland bleiben wolle. Betont wurde die große gefühlsmäßige Bedeutung, die Ostpreußen in Deutschland besaß. Das galt ganz besonders für Königsberg als Stadt Kants, Krönungsstätte der preußischen Könige sowie intellektueller und militärischer Ausgangspunkt der Befreiungskriege gegen Napoleon. Nach übereinstimmenden Informationen war der großen Mehrheit der Deutschen das Schicksal von Königsberg und Danzig weitaus wichtiger als Posen, Elsass-Lothringen oder das Sudetenland.¹⁴⁹

Um es kurz zu erwähnen, neben Danzig war die Einbeziehung Ostgaliziens mit Lemberg wichtigstes polnisches Territorialziel in Paris. Zwischenzeitlich rückte das auch von Prag beanspruchte Teschen neben Danzig an die aktuell erste Stelle.¹⁵⁰

Vergeblich kämpfte die polnische Delegation in den Folgewochen gegen einen bloßen Landkorridor nach Danzig. Dabei brachte sie, von Frankreich unterstützt, immer wieder strategische Gründe vor. Beispielsweise suchte ein Memorandum vom 3. März 1919 die Alliierten mit dem Argument umzustimmen, dass ein „Polen zwischen den deutschen Forts von Breslau und Königsberg der Gnade Deutschlands ausgeliefert wäre.“¹⁵¹ Auch der polnische Kompromissvorschlag, eine deutsche

¹⁴⁸ FRUS, Vol. III, S. 773 ff.; TNA, FO 608/153; FO 371/30369, C 12826; FO 371/34455, C 4349. WWP, Vol. 54, S. 334 ff.

¹⁴⁹ TNA, FO 608/59; FO 371//34455, C 4349 C5348; FO 371/30963, C 12826; WWP, Vol. 54, S. 341-42; Lundgren-Nielsen, S. 200.

¹⁵⁰ Paderewski am 06.04.1919 in einem Interview in Paris. – New York Times v. 06.04.1919.

¹⁵¹ TNA, FO 608/141.

Republik Königsberg unter dem Schutz des Völkerbundes zu schaffen, verfiel der Ablehnung.¹⁵²

In den Auseinandersetzungen der Großmächte um die staatliche Zugehörigkeit Danzigs schien sich zunächst die von Frankreich massiv unterstützte Position zu Gunsten einer Übergabe der Hafenstadt und umfänglicher westpreußischer Gebiete an Polen durchzusetzen.¹⁵³ Die allerdings ohne spezielle Instruktion handelnde britisch-amerikanische Expertenkommission unter Leitung von Esme Howard und Robert Lord empfahl die uneingeschränkte Kontrolle Polens über Danzig und seiner südlichen Verbindungswege. Für sie wogen ökonomische und strategische Interessen Nachkriegspolens höher als das Selbstbestimmungsrecht der Danziger. Auch die vom Obersten Rat eingesetzte Kommission für polnische Angelegenheiten unter Leitung von Jules Cambon befürwortete Anfang März 1919 die Schaffung eines polnischen Korridors zur Ostsee wie die Übergabe Danzigs an Polen. Eine Volksabstimmung wurde nicht vorgesehen.¹⁵⁴

Während die polnische Delegation grundsätzliche Zustimmung signalisierte, kam umgehend heftige Kritik aus London und der Delegation des Britischen Empire. Nachhaltige Unterstützung erhielt ihre Position von führenden liberalen Zeitungen, u. a. dem Guardian, dem Observer oder der Westminster Gazette. Labour lehnte grundsätzlich die Einbeziehung west- und ostpreußischer Gebiete gegen den Willen der Bewohner in ein Großpolen („Greater Poland“) wie die Errichtung eines Korridors durch deutsches Gebiet ab. Der notwendige Seezugang für Polen sei nur über eine Internationalisierung der Weichsel und die Schaffung eines polnischen Freihafens in Danzig akzeptabel.¹⁵⁵

Unterstützt von Wilson bemühte sich Lloyd George nach seiner Rückkehr aus London intensiv um eine Revision der von Frankreich vehement befürworteten Kommissionsempfehlungen. Nicht gelten ließ er Cambons Auffassung, dass Polens Prosperität und künftige Überlebensfähigkeit den Erhalt Danzigs und eines weiten Korridors einschließlich des Regierungsbezirks Marienwerder östlich der Weichsel erfordere. Neben den bereits genannten Beweggründen, in Sonderheit der Sorge vor den mittelfristig destabilisierenden Auswirkungen, trieb den Premier die Furcht um, dass die deutsche Regierung unter massivem innenpolitischem Druck einen Friedensvertrag mit derart weit reichenden territorialen Verlusten nicht unterzeichnen und vielleicht sogar darüber stürzen würde. Damit wäre das Tor nach Deutschland für den Bolschewismus geöffnet. Um endlich zu einer Über-

¹⁵² TNA, FO 608/59.

¹⁵³ Diese Tendenz spiegelte sich auch in der Presse wieder.

¹⁵⁴ TNA, FO 371/10997, N 2267; FO 371/30963, C 12826; WWP, Vol. 56, S. 88-94; Nelson, S. 145 ff.

¹⁵⁵ Anthony Lentin, *Guilt at Versailles*, London 1985, S. 81; *Labour and the Peace Treaty*, London 1919, S. 43-44; WWP; Vol: 56, S. 321-2; Gregory, S. 177; Wandycz, *Polish Question*, S. 326.

einkunft unter den Großmächten zu kommen,¹⁵⁶ war London jetzt aber bereit, seinen Widerstand gegen einen Korridor für Polen und mehr als bloße Hafenrechte in Danzig aufzugeben.¹⁵⁷ Angesichts der vielen noch ungelösten und häufig als wichtiger bewerteten Fragen (gerade außerhalb Ostmitteleuropas) sahen sich die Großen Drei unter starkem Zeitdruck, schnell zu einem *Modus vivendi* in der Danzigfrage zu kommen.¹⁵⁸ Deren kontroverse Behandlung hatte schon viel zu viel Kräfte und Zeit verschlungen und blockierte als solche wichtigere Problemlösungen.

Wie seinen Kollegen war Lloyd George klar, ein Kompromiss, den Deutsche wie Polen akzeptieren würden war unmöglich. Darüber ließen alle Stimmungsberichte aus Polen wie Deutschland keinen Zweifel. Alle politischen Gruppierungen in Deutschland lehnten einmütig und kompromisslos einen Verlust der symbolkräftigen Hafenstadt an Weichsel und Mottlau wie die Schaffung eines Korridors für Polen ab. In Polen verlangten alle Parteien genauso einmütig und vehement die Übergabe Danzigs und eines breiten Seezugangs an Polen.¹⁵⁹

In der im Obersten Rat erbittert ausgetragenen Kontroverse bezweifelte Lloyd George wortgewaltig, dass jemand in der Runde wirklich bereit sei, zur Behauptung polnischer Herrschaft über die deutsche Großstadt Danzig gegebenenfalls eigene Truppen in Marsch zu setzen. Das Schweigen selbst Clemenceaus sprach für sich.¹⁶⁰ Auf die direkt an Clemenceau gerichtete Frage, ob denn jemand wollen könne, dass die Deutschen, so wie es die Franzosen nach 1871 mit Straßburg getan hatten, in ihren Städten Statuen von Danzig „in Trauer“ aufstellten, da antwortete der starke Mann der französischen Politik: „Auch ich will das nicht.“¹⁶¹ Wilson, der wie üblich in der Danzigfrage Lloyd George unterstützte, verwies im Obersten Rat am 19. März 1919 auf die reale Möglichkeit, dass bei den Deutschen später einmal der Wunsch entstehen könne, ihre Landleute wieder von polnischer Herrschaft zu befreien. Er fügte hinzu, „that this desire would be hard to resist“.¹⁶²

¹⁵⁶ Nicht nur die Danzigproblematik schien festgefahren. Zeitweise drohte ein Scheitern der ganzen Konferenz, weil der unter starkem innenpolitischem Druck stehende Clemenceau es aus amerikanischer Sicht an jeder Kompromissbereitschaft fehlen ließ und auf maximalster Umsetzung des französischen Konzepts beharrte.

¹⁵⁷ WWP, Vol. 56, S. 88 ff.; FRUS, Vol. 4, S. 404 ff.; Paul Mantoux, *The Deliberations of the Council of Four*, Vol. 1, hg. v. Arthur S. Link, Princeton 1992, S. 100 ff.; Anthony Lentini, *Lloyd George and the Lost Peace*, Basingstoke 2001, S. 9-11.

¹⁵⁸ Auch zu Hause wuchs der Druck auf die Politiker, endlich zu Entscheidungen zu kommen.

¹⁵⁹ FRUS, Vol. 12, S. 87, 105, 369-70; TNA, FO 608/141. Auch die westliche Presse berichtete. Die deutschen und polnischen Medien unterstützten vehement die jeweilige nationale Linie.

¹⁶⁰ Mantoux, S. 109.

¹⁶¹ WWP, Vol. 56, S. 322.

¹⁶² Ebenda, S. 94.

Schließlich wurde die Kommission für polnische Angelegenheiten angewiesen, im Licht der Diskussion zügig ein Kompromisspapier zu erarbeiten. Schon am 30. März ließ die gewöhnlich gut unterrichtete *Le Temps* wissen, dass sich die Waage zur Schaffung eines neutralen Danziger Staates neige.¹⁶³

Am 01. April einigten sich die Großen Drei grundsätzlich auf eine Kompromisslinie.¹⁶⁴ Unter Garantie des Völkerbundes sollte aus Danzig und seiner Umgebung ein deutscher Freistaat werden. Polen bekäme garantierte Hafen- und Transitrechte sowie als Teil des polnischen Staatsgebietes einen Korridor am Westufer der Weichsel. Zurückgewiesen wurde die fortdauernde französische Kritik und Clemenceaus Wunsch, vor einer endgültigen Entscheidung nochmals Vertreter der polnischen Führung anzuhören. Warschau bestand weiter auf der Einverleibung Danzigs in Polen. Wilson erklärte dazu nur, dass die polnische Führung jede Lösung zu akzeptieren habe, welche die Großmächte für vernünftig hielten. Das wohl entscheidende Argument dafür, Danzig trotz massiven französisch-polnischen Drucks nicht an Polen zu übergeben, kam von Lloyd George. Er warnte die Großen Drei davor, in den Friedensvertrag Artikel aufzunehmen, für deren Durchsetzung keine Bereitschaft bestand, in der Zukunft nötigenfalls Krieg zu führen. Frankreich würde sicher kämpfen, falls „morgen sein elsässischer Besitz bedroht wäre“. „Aber wollen wir wegen Danzig Krieg führen?“¹⁶⁵ Schließlich wurden der Amerikaner Charles Haskins und der Brite James Headlam-Morley mit der Ausarbeitung der Details für die Installation einer Freien Stadt Danzig beauftragt.¹⁶⁶ In der polnischen Delegation schien man Anfang April aber noch Möglichkeiten zu sehen, auch durch verstärkten öffentlichen Druck auf Wilson und Lloyd George. Nach einem Gespräch mit Clemenceau, Außenminister Pichon und Wilsons außenpolitischem Hauptberater House am 06. April erklärte Paderewski öffentlich, dass für sein Land Danzig weiter den „Schlüssel zum Sieg darstelle“ und ein deutsches Danzig bedeuten würde, dass die Alliierten und Polen den Krieg verloren hätten.¹⁶⁷ In einem Interview am Folgetag betonte der polnische Premier, dass die Danzigfrage endlich definitiv geklärt werden müsse, wobei es keine Zwischenlösung geben dürfe. Danzig müsse bei Deutschland bleiben, oder an Polen fallen. Dabei wäre es eine große Ungerechtigkeit, wenn Danzig „nicht an Polen zurückgegeben“ würde.¹⁶⁸

Einige Tage nach der grundsätzlichen Einigung zwischen den Großen Drei sickerte diese auch in der Öffentlichkeit durch, wenn auch noch erhebliche Zweifel

¹⁶³ Um eine Entscheidung für Deutschland oder Polen zu vermeiden. – *New York Times* v. 31.03.1919.

¹⁶⁴ *Deliberations*, S. 105 ff.

¹⁶⁵ Ebenda.

¹⁶⁶ Goldstein, S. 264.

¹⁶⁷ *New York Times* v. 08.04.1919.

¹⁶⁸ *New York Times* v. 07.04.1919.

über den Grad der Verbindlichkeit bestanden und viele ungelöste Fragen über die konkrete Umsetzung und ihr Wie blieben. Die Zeit der Spekulationen ging also zunächst weiter.¹⁶⁹ Die internationalen Reaktionen waren vielschichtig. Für Frankreich handelte es sich um einen sehr unerfreulichen Kompromiss, der häufig dem britischen Premier angelastet wurde.¹⁷⁰ In Großbritannien standen das Kabinett und die Experten des Foreign Office klar hinter Lloyd George, auch wenn dieser den französisch-polnischen Vorstellungen¹⁷¹ deutlich weiter entgegengekommen war, als zunächst im Kabinett und in der zuständigen Abteilung des Foreign Office beabsichtigt wurde.¹⁷² Die Öffentlichkeit im Vereinigten Königreich reagierte weniger einhellig.¹⁷³ Vor allem die konservative Northcliffe Presse stand in scharfem Gegensatz zu Lloyd George, den sie zu stürzen trachtete. Deshalb griff sie ihn bei jeder sich bietenden Gelegenheit massiv an. Auch wenn Danzig kein zentrales Thema in den Zeitungen darstellte, rund die Hälfte der Londoner Zeitungen kritisierte in zum Teil heftigen Worten und an prominenter Stelle die Grundsatzentscheidung für einen deutschen Freistaat Danzig.¹⁷⁴ Falls Danzig nicht an Polen ginge, dann „wäre ein weiterer Krieg unvermeidlich, hieß es unisono bei den Gegnern.¹⁷⁵ Eine Reihe einflussreicher amerikanischer Zeitungen zitierte aus der Daily Mail, die Lloyd George und Wilson viel zu große Nachsichtigkeit mit den „Hunnen“ vorwarf und von einem traurigen Tag für den Frieden und einem schlimmen für Polen sprach. Informiert wurde über die besonders heftigen Attacken der Morning Post, die über den „großen Danziger Verrat“ schrieb und der britischen und amerikanischen Führung vorwarf, Polen schon in seiner Wiege zu ersticken. Alls das werde im Interesse des „German-Jewish Capitalism“ getan, mit dem sich die „Russian Jewish Capitalists“ verbündet hätten. „Wilson and Lloyd George

¹⁶⁹ U. a. New York Times v. 20.04.1919.

¹⁷⁰ Das Journal des Débats hatte schon vorher auch Polen zu Kompromissen aufgefordert, Lloyd George aber vorgeworfen wegen zwei Millionen Deutschen im Raum Danzig eine Lösung zu blockieren. Wie Posen sei Danzig für ein wirklich freies Polen unverzichtbar. – New York Times v. 26.03.1919.

¹⁷¹ Polen spielte eine herausragende Rolle in der französischen Sicherheitsdoktrin für die Nachkriegszeit, einer für Paris günstigen neuen Balance of power. Dem zum Teil diametral gegenüber stand Wilsons neue Doktrin der kollektiven Sicherheit für alle über und durch den Völkerbund.

¹⁷² Bevorzugt hätte die britische Führung den Status quo und die Beschränkung der polnischen Forderungen auf Freihafenrechte in Danzig und gesicherte Nutzung der Weichsel.

¹⁷³ Zur britischen Presse Thomas Wittek, *Auf ewig Feind? Das Deutschlandbild der britischen Massenmedien nach dem Ersten Weltkrieg*, München 2005, v. a. S. 200-265; Martin Schramm, *Das Deutschlandbild der britischen Presse 1912–1919*, Berlin 2007, v. a. S. 457-486.

¹⁷⁴ Unterstützt wurde der Premier allgemein von den liberalen und sozialdemokratischen Zeitungen.

¹⁷⁵ Zit. aus dem Bericht der New York Times über die Reaktionen der Northcliffe Blätter. v. 10.04. 1919.

seem to be susceptible to the influence of alien capitalism than to the cry for freedom of long-enchained Poland.”¹⁷⁶ Schon tags zuvor, am 08. April hatte die Morning Post Wilson des Verrats an Polen beschuldigt. Unter seinem Einfluss werde gegen die Unabhängigkeit Polens gearbeitet. Es sei nur zu hoffen, dass die freiheitsliebenden Amerikaner endlich erkennen: Ohne Danzig kann es kein freies Polen geben. Aber Wilson tue alles, um Danzig für Deutschland zu erhalten.¹⁷⁷ Heftige Kritik in den USA kaum aus Teilen der Republikanischen Partei, allen voran Cabot Lodge. Auch er sprach vom Verrat an Polen, während er sich gleichzeitig in scharfer Frontstellung zu Wilson mühte, seine Landsleute davon zu überzeugen, dass die USA in Europa keinerlei Verpflichtungen eingehen sollten und der Völkerbund die Idee von Traumtänzern sei.¹⁷⁸ New York Times, Washington Post, Boston Daily Globe, Los Angeles Times und andere amerikanische Blätter hatten hingegen kein Problem mit dem grundsätzlichen Ziel eines deutschen Freistaates Danzig unter dem Schutz des Völkerbundes und der gleichzeitigen Sicherung spezieller Hafен- und Transitrechte für Polen. Wahrscheinlich handelte es sich um den best möglichen Kompromiss zwischen dem hoch gehaltenen Prinzip des Selbstbestimmungsrechts und der Zusage des freien Seezugangs für Polen.¹⁷⁹ Wie zur Bestätigung der wegen ersterer Prämisse nötigen Rücksichtnahme auf die deutsche Identität Danzigs brachte die New York Times am 05. Juni 1919 einen längeren Artikel ihres Korrespondenten George Fenwick aus der Mottlaustadt. Dieser berichtete, dass vom Stadtbild über die Haltung der Menschen bis zur gesprochenen Sprache alles einen deutschen Eindruck mache. Danzig vermittele das Bild einer typisch deutschen Stadt und wolle das unbedingt bleiben. Auf seiner Reise nach Marienburg habe er nur „clean-cut German villages“ gesehen. Resümierend stellte Fenwick warnend fest, dass eine Abtrennung Danzigs und der Städte und Dörfer rings herum von Deutschland „den nächsten Krieg“ auslösen werde. Und an seinen Herausgeber gewandt schrieb er, „and you may as well know it.“ Bereits am 16. Mai 1919 hatte T. R. Yharra in einem langen Artikel „Subject Races Which Are Still Subject“ zur deutsch-polnischen Problematik geschrieben, dass mit Westpreußen definitiv ein Gebiet von Deutschland abgetrennt werde, in dem die Deutschen zahlenmäßig klar dominierten. Große deutsche Minderheiten lebten in der Provinz Posen und dem Polen zugedachten Teil Schlesiens, während das Gebiet des zu gründenden Freistaates Danzig überwiegend Deutsch sei. Egal wie die geplanten Volksabstimmungen im Osten¹⁸⁰ ausgingen, immer würde eine starke nationale Minderheit verbleiben. Ybarra unterstützte deshalb

¹⁷⁶ Ebenda, auch Los Angeles Times u. Chicago Daily Tribune v. 10.04.1919.

¹⁷⁷ Die New York Times druckte den Beitrag der Morning Post als Special Cable kommentarlos ab.

¹⁷⁸ Dazu u. a. Boston Daily Globe v. 27. u. 29.04.1919.

¹⁷⁹ New York Times v. 09.04.1919.

¹⁸⁰ Gebiet Marienwerder-Marienburg sowie Ermland und Masuren.

mit Nachdruck die Absicht der Friedensmacher in Paris, vertraglich strenge Minderheitenschutzgesetze „zwischen den alliierten und assoziierten Mächten und Polen“ durchzusetzen. Allein aus Gründen der Stabilität und Friedenssicherung wären diese unverzichtbar.

Frankreich musste als Gegenleistung für anglo-amerikanisches Entgegenkommen in der Danzigfrage und Zugeständnisse im Westen akzeptieren, dass nicht nur in Ermland und Masuren, sondern auch im Gebiet Marienburg-Marienwerder Volksabstimmungen stattfinden mussten. Die Abstimmungen brachten überwältigende Mehrheiten für den Verbleib bei Deutschland. Dieser Ausgang war in England allgemein erwartet worden.¹⁸¹ Damit hatten auch zahlreiche Bewohner für den Verbleib bei Deutschland gestimmt, die bei Reichstagswahlen dem polnischen Kandidaten ihre Stimme gegeben hatten. Verzichtet wurde entgegen deutschen Wünschen auf Plebiszite in den Polen zuzuweisenden Gebieten westlich der Weichsel. Deshalb muss die Frage reine Spekulation bleiben, ob sich die Kaschuben wie die Masuren mehrheitlich für den Verbleib im deutschen Staat oder für die Zugehörigkeit zu Polen entschieden hätten.

Noch bestehende Unsicherheiten in der britischen Delegation über den zukünftigen Status von Danzig beseitigte Lloyd George am 05. April 1919 auf interne Anfrage mit der definitiven Erklärung, dass eine wie auch immer geartete polnische Autorität über Danzig völlig ausgeschlossen sei.¹⁸² In diesem Sinn hatte sich Wilson schon drei Tage eher während einer Diskussion mit britischen und amerikanischen Diplomaten über die polnische Frage geäußert.¹⁸³

Nicht mehr bereit waren die Alliierten fortan, ihr mühsam gefundenes Kompromisspaket in der Danzig/Korridorfrage noch einmal aufzuschnüren.¹⁸⁴ So wurden die nun zugelassenen deutschen Gegenvorschläge Mitte Juni als unzureichend zurückgewiesen. Diese entsprachen weitgehend den ursprünglichen Intentionen des Weißen Hauses und der Downing Street, nämlich Polen in Danzig (wie in Memel und Königsberg) Freihafenrechte und gesicherte Zugänge dahin einzurichten.¹⁸⁵ Schon am 24. April war Ignacy Paderewski von Headlam-Morley informiert worden, dass die alliierte Entscheidung definitiv sei. Der darüber tief bestürzte polnische Premier bat aber noch um zwei Zugeständnisse. Sein Land sollte nicht nur die Danziger Hafenanlagen nutzen können, sondern sie auch als

¹⁸¹ *Documents on British Foreign Policy, 1919–1939*, hg. v. Rohan Butler u. J. P. T. Bury, First Series, Vol. X, London 1960, S. 720 ff. In Ermland Masuren votierten 363.209 Personen für den Verbleib bei Deutschland und 7.980 für die Zugehörigkeit zu Polen. In Marienwerder-Marienburg lauteten die Zahlen 96.923 bzw. 8.018.

¹⁸² TNA, FO 371/9327, N 6688.

¹⁸³ *Sir James Headlam-Morley*, hg. v. Agnes Headlam-Morley u. a., London 1982, S. 63-64.

¹⁸⁴ Dabei muss auch berücksichtigt werden, dass die Verhandlungen in Paris zeitweise derart festgefahren waren, dass sogar ein völliges Scheitern drohte.

¹⁸⁵ FRUS, Vol. 6, S. 836-837; TNA, FO 371/30963, C 12826.

Eigentum erhalten. Der polnische Regierungschef erklärte sich nun zwar bereit, die Forderung nach der Stationierung polnischer Truppen in Danzig fallen zu lassen, wünschte aber das ausdrückliche Recht für Polen, Danzig gegen Angriffe von außen schützen zu können. Dagegen entschied der Oberste Rat am 26. April auf Betreiben Wilsons, der von Lloyd George unterstützt wurde. Danzig sollte demnach weiter Eigentümer der Docks bleiben. Die Verantwortung für die Sicherheit und Verteidigung Danzigs sollte allein dem Völkerbund obliegen. Mit dieser Regelung wollten Amerikaner und Briten verhindern, dass Polen im Handstreich die Kontrolle über Danzig übernehmen könnte.¹⁸⁶

Der Versailler Vertrag vom 18. Juni 1919 bestimmte auch über die Bildung eines polnischen Korridors zur Ostsee und die Umwandlung Danzigs in einen Freistaat unter dem Schutz des Völkerbundes. Polen erhielt spezielle Rechte in Danzig. Diese Entscheidung stieß in Deutschland, in Polen wie bei den Danzigern¹⁸⁷ auf bitteren Widerspruch und Ablehnung. Gleichwohl würdigte Ministerpräsident Paderewski in einer „großen Rede“ vor dem Sejm¹⁸⁸ die für Polen erreichten Ergebnisse; ganz besonders die Wiedererstehung eines geeinten Staates nach bitteren Jahren der Teilung. Immer wieder wurden seine Ausführungen von Beifallstürmen unterbrochen. Trotz großer Erfolge gegenüber den Deutschen, auch er könne mit den Westgrenzen aber nicht zufrieden sein, um dann fragend hinzuzufügen, ob Polen „wirklich ein Recht zur Klage habe?“ Generell nicht, meinte der Regierungschef. Ausdrücklich konzedierte er den Friedensmachern, sich sehr um gerechte Grenzen für Polen auf der Basis des Nationalitätenprinzips bemüht zu haben. Im Ergebnis habe Polen fünf Millionen Menschen hinzugewonnen. Aber, so versicherte Paderewski, seine Regierung werde sich in Einzelfragen noch um Veränderungen im Raum von Posen zugunsten Polens einsetzen. Auch hoffe er, dass die angesetzten Volksabstimmungen für Polen günstig ausgehen würden. Zu den unbestreitbaren Positiva des Versailler Vertragswerkes zählte Paderewski die Entscheidung der Großmächte, Polen die „Kaschubische Küste“ zu geben. Dazu käme das Versprechen ungehinderter Nutzung des Danziger Hafens, der kompletten Kontrolle über „unsere“ Weichsel und ein Protektorat über die Stadt Danzig unter nahezu den gleichen Bedingungen, wie sie in den besten Zeiten „unseres Commonwealth“ bestanden. Die Voraussetzungen zu damals unterschieden sich nur insofern, dass viele Polen in den Jahren preußischer Unterdrückung ihre Muttersprache vergessen hätten. Darüber hinaus lebten zahlreiche „wirkliche Deutsche“ in Danzig. Aber, Erstere würden sich wieder rasch ihrer polnischen Herkunft und Sprache erinnern und die anderen schnell die polnische

¹⁸⁶ Headlam-Morley, S. 87; TNA, FO 371/10997, N 2267; WWP, Vol. 58, S. 152 ff.

¹⁸⁷ Briten und Amerikaner verwendeten stets den Begriff Danziger.

¹⁸⁸ Es handelte sich um Paderewskis erste Rede nach seiner Rückkehr von den Verhandlungen in Paris. Sie ist abgedruckt im Daily Telegraph v. 21.06.1919 und in Auszügen in der New York Times v. 22.06.1919.

Sprache erlernen. Schritt für Schritt werde sich Danzig zu einer polnischen Stadt entwickeln, „if we show seriousness and common sense, enterprise, and political understanding.“ Insgesamt könne Polen für das Danzigurteil der Friedenskonferenz dankbar sein. „If we are not obliged to shed more of our blood, I say that this is a great and fine gift from god“. In einer weiteren Passage erinnerte Paderewski seine Zuhörer daran, dass der schwere Kampf mit den „bolschewistischen Horden“ weiterginge. Unter Zurückweisung des Vorwurfs, dass Polen imperialistische Ziele verfolge, betonte der Redner, dass den umkämpften Gebieten im Osten und Norden Schutz vor Sowjetrussland und Autonomie gewährt werden müsse. Die Bevölkerung dieser Gebiete dürfe nach dem Sieg aber selbst bestimmen, ob sie zu Polen kommen wolle oder nicht. Besonderen Dank richtete Paderewski an Wilson. Ohne die machtvolle Fürsprache des amerikanischen Präsidenten in Paris „wäre Polen ohne Zweifel eine innere Angelegenheit für Deutschland und Russland geblieben.“ Am 30. Juni erläuterte Clemenceau nach internen Auseinandersetzungen mit der polnischen Führung als Präsident der Friedenskonferenz Warschau brieflich die Gründe für einige unumgängliche Provisionen in der „endgültigen,“ nicht mehr verhandelbaren Fassung des Vertrages mit Polen¹⁸⁹ nach Artikel 93 des Friedensvertrages mit Deutschland. Gleichzeitig forderte er Polen auf, diesen Vertrag an jenem Tag zu unterschreiben, an dem die bis dahin zu Deutschland gehörenden Gebiete an Polen übergeben würden. Für unser Thema besonders wichtig ist die Erklärung Clemenceaus, dass Polen seine wieder gewonnene Staatlichkeit allein den Anstrengungen und Opfern der Entente und der USA zu verdanken habe. Nur durch ihre Entscheidung bekäme Polen die genannten, vormals zum Deutschen Reich gehörende Gebiete einschließlich aller dort lebenden Menschen. Ob Polen diese Territorien in der Zukunft behaupten könne, hing in hohem Maße von der Unterstützung der Westmächte ab. Etwas verklausuliert aber eindeutig genug betonte Clemenceau, dass den Siegermächten aus ihrer Entscheidung, Polen die genannten Gebiete zu übertragen, Pflichten gegenüber den ehemals deutschen Staatsbürgern erwachsen. Schließlich stellte er einen engen Zusammenhang her zwischen alliierter Schutzbereitschaft für Polen und einer klaren, gesicherten und überprüfbaren Minderheitenschutzpolitik Warschaus. Nur im Wissen um den sicheren Schutz gegen ungerechte Behandlung und Unterdrückung könnte die nicht polnische Bevölkerung im allseitigen Interesse in den Staat integriert werden. Die Westmächte wären, so Clemenceau, aber überzeugt, dass Polen alles unternehmen werde, damit die Durchsetzung dieser Garantien durch die alliierten Großmächte nicht nötig werde.¹⁹⁰ Überzeugt zeigte sich auch der Berliner Kor-

¹⁸⁹ Seit Übergabe im Mai hatte Warschau zahlreiche Einwände erhoben, die ein Memorandum Paderewskis vom 18. Juni zusammengefasst hatte.

¹⁹⁰ New York Times v. 02.07.1919, Unterüberschrift: „Assure Protection and Equality to Embittered Peoples incorporated in New State“. Polen musste auch seiner jüdischen Bevölkerung spezielle Antidiskriminierungsgarantien geben.

respondent der New York Times, dass die Regierung unter dem Sozialdemokraten Gustav Adolf Bauer, einem gebürtigen Ostpreußen aus Darkehmen, trotz aller tiefer Ressentiments und der Bitterness in den Herzen der Deutschen die Bedingungen des Versailler Vertrages einschließlich der neuen Ostgrenzen aufrichtig erfüllen wolle.

Nun, die deutsch-polnischen Beziehungen des Sommers 1919 waren alles andere als gut, die Stimmungen aufgeheizt. Dennoch, über ihre Zukunft, die Art ihrer Gestalt musste die weitere Entwicklung entscheiden und war insofern offen. Allerdings, die Vorzeichen standen nicht günstig - auf beiden Seiten. Von erheblicher Bedeutung war der Rückzug der USA in den Isolationismus. Mit den Gefahrenherden in Ostmitteleuropa wollte das Land nichts mehr zu tun haben. Das musste auch dem letzten Optimisten klar sein, als Außenminister Hughes im Mai 1921 seine Diplomaten anwies, sich aus der Schlesienfrage herauszuhalten, weil diese allein europäische Interessen berühre.¹⁹¹ Aber auch andere schon absehbare Faktoren konnten oder mussten? eine verhängnisvolle Wirkung auf die Stabilität der neuen Ordnung in Mittel- und Osteuropa haben. Mit Sorge aber ohne den Willen und die Kraft massiv steuernd einzugreifen, registrierten Briten und Amerikaner und späterhin auch Franzosen die Tendenz der Nachfolgestaaten, nationale Interessen vor die aus ihrer Sicht unabwiesbaren Notwendigkeiten gemeinsamer Sicherheit zu setzen. Kaum jemand schien mit seinen Grenzen zufrieden.¹⁹² Vor allem London und Washington sahen im polnischen Streben nach vormals russischen Gebieten ohne klare polnische Bevölkerungsmehrheit ein gefährliches Hasard,¹⁹³ das Polens Kräfte weit überdehnte und noch dazu geeignet schien, Russland in die Arme Deutschlands zu treiben und auf diese Weise jene in Deutschland zu stärken, die nach der Revision der Ergebnisse des Weltkrieges strebten. In einem langen Artikel unter der Überschrift „Threat to Peace in Polish Ambition“ vom 07.03.1920 schrieb die New York Times, dass die Siegermächte guten polnisch-russischen Beziehungen berechtigterweise höchste Priorität beimaßen. Deshalb dürften keine territorialen Reibungspunkte zugelassen werden und sich Polen aus wohlverstandenen Eigeninteresse im Osten auf seine ethnografischen Grenzen beschränken. Die alliierten Politiker waren überzeugt, dass Deutschland jede sich bietende Gelegenheit zur Rückgewinnung der an Polen verlorenen Gebiete nutzen würde. Polen müsse erkennen, dass sein versuchtes weites Ausgreifen nach Osten für

¹⁹¹ Die New York Times berichtete am 19.05.1921.

¹⁹² Endsprechende Informationen beschäftigten die darüber zunehmend frustrierten Diplomaten und fanden sich zuhauf in den Medien. Mit gewissem Erschrecken zitierte die New York Times am 03. August 1919 Paderewski (eine AP Meldung aus Warschau) mit den Worten, „dass wahrscheinlich für die Heimkehr von Gebieten aus dem Erbe der Väter noch weiter wertvolles polnisches Blut fließen werde.“

¹⁹³ Polen wurde immer häufiger imperialistischen Streben vorgeworfen. Besonders die britisch-polnischen Beziehungen verschlechterten sich.

seine wirklich vitalen Interessen verheerend sein müsse, weil kaum Zweifel darin bestünde, „dass Deutschland die daraus resultierende Feindschaft nutzen und sich in der Zukunft mit Russland gegen Polen zusammenschließen werde.“ Nur gemeinsam mit Russland könnte Polen einem wieder auflebenden deutschen Imperialismus erfolgreich begegnen. Die Berechtigung der Warnungen der Westmächte vor einem „polnischen Imperialismus“ teilte die Zeitung uneingeschränkt. Auch wenn es keinen Automatismus gab, besonders die Fachleute des Foreign Office, dichter an Mitteleuropa als ihre Kollegen in Washington, registrierten früh die dunklen Gewitterwolken am Horizont, die sich über Mitteleuropa zusammenzuballen und vielleicht zu entladen drohten. Viele Gefahrenherde (danger spots) machten die Experten der weltweit interessierten, engagierten und zunehmend überdehnten Weltmacht aus: Siebenbürgen, die Dobrudscha, Teschen, Wilna, Danzig und den Korridor, um nur einige zu nennen. Dabei galt die Danzigfrage als besonders Dynamitgeladen. Doch fehlten England ohne die sich heraushaltenden USA die Kräfte massiv gegenzusteuern wie der Wille und die Einsicht der Betroffenen zu den nötigen Kompromissen mangelte, die anerkanntermaßen nicht nur schmerzlich, sondern innenpolitisch auch schwer durchsetzbar sein konnten.¹⁹⁴

Der Rahmenbeschluss der Siegermächte über das Schicksal von Danzig bot allen Seiten noch Möglichkeiten, um in Einzelfragen eigene Interessen zur Durchsetzung zu bringen, worum sich diese auch nach Kräften bemühten. Deutlich wurde das besonders in den äußerst komplizierten und sich hinziehenden Verhandlungen über den unter der Ägide der Pariser Botschafterkonferenz auszuhandelnden Vertrag zwischen Polen und Danzig. Für Warschau erwiesen sich die Einflussmöglichkeiten als deutlich geringer, als zunächst angenommen worden war. Bald beklagten sie, dass der kommissarische Hochkommissar Reginald Tower sich den polnischen Interessen gegenüber genauso feindlich verhalte wie die Danziger.¹⁹⁵ Das war zwar weit übertrieben, es sei denn das klare britische Interesse an der „Sicherung der Freiheit von Danzig“ wäre per se ein antipolnischer Akt. Allerdings, klar war für alle Beobachter, dass die britische und die französische Politik in der Danzigfrage höchst kontrovers agierten. Rufe nach amerikanischer Vermittlung verhallten, weil der Botschafter der USA bei der Botschafterkonferenz, Wallace,

¹⁹⁴ Schon 1923 kam ein Memorandum des Foreign Offices über die Lage in Mitteleuropa zusammenfassend zu dem ernüchternden Schluss: „...the state of affairs ... is so uncertain and unstable ... that no useful purpose would be served by attempting to forecast what might happen in certain hypothetical cases.“ – TNA, FO 371/9237, N 8031. Auch in Frankreich wuchsen schnell die Zweifel in die Zweckmäßigkeit der Allianz mit Polen. Eifrig bemühte sich Paris um die Verringerung der Risiken eines Hineinziehens in den deutsch-polnischen Streit um Danzig und den Korridor. – Nicole Jordan, *The Popular Front and Central Europe: The Dilemmas of French Impotence, 1918-1940*, Cambridge 1992, S. 7 u. 17; Martin Thomas, *Britain, France and Appeasement*, Oxford 1996, S. 12.

¹⁹⁵ Deren Vertreter waren mit dem Verlauf der Verhandlungen und den schließlich erzielten Ergebnissen auch sehr unzufrieden.

strikte Weisung hatte, sich herauszuhalten. Verantwortlich für die gewichtigere Rolle Londons in Danzigfragen war eine interne britisch-französische Übereinkunft. Administrator in Danzig sollte danach ein Brite und in Memel ein Franzose sein. Darüber hinaus -und dies zeigte Prioritäten im Rahmen von Realpolitik- hatten sich im Spätsommer 1919 Lloyd George und Clemenceau geheim darauf verständigt, dass ein Engländer so lange Hochkommissar in Danzig sein sollte wie ein Franzose Chef der Regierungskommission im Saarland war. Im Zusammenhang mit britisch-französischen Absprachen kommt die amerikanisch-polnische Historikern Anna Cienciala zum Schluss, dass die polnische Forderung nach Danzig Kompromissen beider westeuropäischer Großmächte hinsichtlich französischer Forderungen an Deutschland zum Opfer fiel.¹⁹⁶

Zusätzlich erschwert wurden die Verhandlungen über das Danzig-Weichselabkommen durch den polnisch-sowjetischen Krieg, die polnisch-tschechische Eskalation um Teschen sowie die polnische Annexion Wilnas 1920 und immer wieder eingehende Meldungen über einen bevorstehenden polnischen Coup gegen Danzig. Diese wurden besonders in London sehr ernst genommen. Mehrfach wurde Polen vor einer Machtübernahme in Danzig gewarnt.¹⁹⁷

Mit Sorge konstatierten die Westmächte, dass Berlin wie Warschau oder Danzig den Versailler Kompromiss primär als Übergangsstadium zur Rück- bzw. Eingliederung Danzigs zu betrachten schienen. Nur wenige mochten die Chancen überhaupt zu erwähnen, die die neue Lage auch bot, für Polen wie für Danzig. Zu diesen gehörte die liberale Danziger Zeitung, die in mehreren Beiträgen¹⁹⁸ forderte, sich mit den neuen Gegebenheiten abzufinden, nach vorn zu gucken und die Möglichkeiten für eine gedeihliche Zukunft Danzigs tatkräftig zu nutzen, die sich aus seiner Mittlerrolle im Ostseeraum wie als Tor für Polens Ex- und Importe aufboten. Die angestrebten kooperativen Beziehungen mit Polen zum beiderseitigen Nutzen standen allerdings unter einer Bedingung: Warschau müsste akzeptieren, dass Danzig eine deutsche Stadt bleiben wolle und deshalb auf alle Polonisierungsbestrebungen verzichten.¹⁹⁹

Nach mühsamen wie zähen Verhandlungen und erheblichem Druck der Westmächte waren im Spätherbst 1920 die Voraussetzungen gegeben, dass der amtierende Hochkommissar Edward Strutt am 15.11.1920 im Danziger Volks-

¹⁹⁶ Anna Cienciala, *The Battle of Danzig and the Polish Corridor at the Paris Peace Conference of 1919*, in: *The Reconstruction of Poland, 1914–23*, hg. v. Paul Latawski, London 1992, S. 88.

¹⁹⁷ Lutz Oberdörfer, *Die Danzig/Korridor- und Memelfrage in Versailles und den ersten Nachkriegsjahren*, in: *Preußische Landesgeschichte, Festschrift Jähmig*, hg. v. Udo Arnold u. a., Marburg 2001, S. 92-93.

¹⁹⁸ U. a. am 10.01., 04.04. u. 14.04.1920.

¹⁹⁹ Diese Linie entsprach den Hoffnungen der nicht allzu vielen Optimisten im Westen auf von kühler Ratio geleitete Zusammenarbeit, Entspannung und letztendlich damit die Entwicklung gegenseitigen Vertrauens.

haus die „Freie Stadt Danzig“ proklamieren und diese weisungsgemäß unter den Schutz des Völkerbundes stellen konnte. Die Zukunft musste zeigen, ob die Optimisten unter den Verfechtern der Freistaat/Korridorlösung mit ihrer pragmatisch begründeten Hoffnung recht behalten konnten, dass schließlich doch die Vorteile gedeihlicher Zusammenarbeit auf der Grundlage gegenseitig guten Willens Polen wie Danziger und die Deutschen in Deutschland damit aussöhnen würden, dass Danzig gleichzeitig Hafen Polens und ein deutscher Stadtstaat sein konnte.²⁰⁰

Nicht nur in Großbritannien hielt man das Danzig-Korridor Abkommen für keinen guten Kompromiss. Es galt als das geringere von zwei Übeln. Zukünftige Modifikationen wurden von vornherein nicht ausgeschlossen. Latent bestehen blieb eine weit verbreitete Skepsis über die Dauerhaftigkeit der neuen Lage am Unterlauf der Weichsel.²⁰¹ Gleichwohl, es bestanden durchaus Chancen, dass sich in einem längeren Prozess des Übergangs bei gutem Willen, gegenseitiger Rücksichtnahme und vertrauensvoller Kooperation Deutschland, Polen und Danzig mit den ungeliebten Realitäten abfinden würden, das für Deutsche wie Polen so symbolkräftige Danzig nicht beide Völker unversöhnlich trennen, sondern zusammenführen könnte.

Die damit verbundenen Hoffnungen erwiesen sich in der Realität jedoch als trügerisch. Schon im Juli 1931 kam ein Memorandum des britischen Außenministeriums zu dem ernüchternden Schluss: „The Danzig settlement could only have worked smoothly on the basis of goodwill and co-operation. Both these elements are entirely lacking on both sides.“²⁰²

Lutz Oberdörfer

Powstanie Wolnego Miasta Gdańska w kontekście sytuacji międzynarodowej

STRESZCZENIE

Pierwsza wojna światowa zakończyła się upadkiem, albo inaczej, całkowitym załamaniem monarchii carskiej, prusko-niemieckiej i austriacko-węgierskiej, a tym samym – rozpadem ustalonego na Kongresie Wiedeńskim w 1815 roku środkowoeuropejskiego *status quo*. Przed Polakami otwały się drzwi ku przezwyciężeniu narzuconych im zaborów i ku reaktywacji własnej państwowości. A skoro wraz z upadkiem caratu nie trzeba już

²⁰⁰ TNA, FO 371/31100, N 2793; FO 371/6815, N 6849.

²⁰¹ Das war nicht nur in London der Fall.

²⁰² TNA, FO 14825, N 3856.

było pochylać głowy przed sprzymierzonym Cesarstwem Rosyjskim, tak i Zachód był zdania, że samodzielna i niezależna Polska ma być częścią powojennego europejskiego porządku. Mniejsza zgoda panowała w kwestii przyszłych granic Polski, co do których istniał cały szereg sprzeczności pomiędzy wyobrażeniami Polaków a zdaniem Londynu i Waszyngtonu. W dodatku szybciej, niż się tego spodziewano, i silniej, niż się tego obawiano, eskalowały napięcia, będące wynikiem różnorodnych żądań terytorialnych potencjalnych państw-następców. Mimo różnorakich starań, zwycięskim mocarstwom nie zawsze udawało się zażegnać niebezpieczeństwo pożogi i przeforsować w praktyce swe wyłączne prawo do stanowienia granic. Ogólnie rzecz biorąc, zwycięskie mocarstwa łączyło życzenie, by ustanowić stabilny porządek powojenny. Jednak w dziele jego kreowania zwycięzcy kierowali się różnymi priorytetami. To objawiło się może nie jedynie, ale za to bardzo znacząco w sprawie przynależności państwowej Gdańska, a przy tym w powiązanej z tym nierozłącznie kwestii pewnego dostępu do morza dla Polski, które to kwestie uważano za potencjalną beczkę z prochem. Za kontrowersyjne uważano użyte kryteria (uwzględnienie woli mieszkańców, argumenty natury strategicznej, ekonomicznej i historycznej) oraz ocenę możliwych skutków przeforsowania różnych opcji dla przyszłej stabilności i obliczalności. W końcu na konferencji w Paryżu najtrudniejszymi kwestiami terytorialnymi okazały się konieczność zapewnienia Polsce wolnego dostępu do morza pomiędzy wolnym portem a pozostałym przy Niemczech Gdańskiem oraz sprawa przekazania Polsce rozszerzonej obszarowo delty Wisły. Artykuł ten omawia ową problematykę w kontekście często sprzecznych wizji i preferencji Polski, Niemiec i państw zachodnich (które też nie były jednego zdania). Przy tym poruszane są ważne kwestie wcześniejszej historii i właściwości miejsca. Na podstawie prasy – głównie amerykańskiej – analizowane jest odbicie tej problematyki w mediach oraz zmiany, jakim w opinii publicznej podlegała ocena tych kwestii. Pozostaje wyjaśnione, z jakich względów uchwalona w końcu proklamacja Wolnego Miasta Gdańska i utworzenie tzw. polskiego korytarza, oddzielającego Prusy Wschodnie od reszty Niemiec, stała się kompromisem pomiędzy różnymi opcjami, którego jednak nie uznawały w pełni ani Warszawa, ani Berlin, ani sam Gdańsk, a także przeważająca większość Niemców i Polaków. Także w obozie zwycięskich mocarstw nie uważano wcale utworzenia Wolnego Miasta i „korytarza” za rozwiązanie optymalne, a jedynie za wybór mniejszego zła.